

## Dossier „Ökonomie mit Energie“

Ausgabe 135, 2016

### 1. Interview: Jens Økland (Statoil): „Deutschland wird sein Klimaziel verfehlen“ (03.03.2016)

„Der Statoil-Manager [spricht] über die Pläne der EU-Kommission für eine europäische Energieunion, die deutsche Kohlepolitik, die Probleme der Gaskraftwerke und den Emissionshandel.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen „Energiepolitik“, „Energie und Makroökonomie“ und „Umweltschutz“

1. *Beschreiben Sie die Stellung sowie die Reserven der norwegischen Gasförderung und des staatlichen Unternehmens Statoil.*
2. *Geben Sie die Einschätzungen des Statoil-Vorstandsmitglieds Jens Økland hinsichtlich der Ausrichtung und Effizienz der europäischen Energiepolitik wieder.*
3. *Arbeiten Sie insbesondere seine Bewertungen bezüglich der deutschen Energiepolitik heraus. Erläutern Sie die seiner Meinung nach bestehenden Herausforderungen und Aufgaben.*
4. *Setzen Sie sich mit den Interessen und Zielsetzungen des Statoil-Konzerns auseinander. Bewerten Sie vor diesem Hintergrund die Äußerungen zu den energiepolitischen Entwicklungen.*

### 2. Artikel: Die Öko-Revolution gerät ins Stocken (03.03.2016)

„Spätestens seit der Klimakonferenz von Paris, bei der sich 195 Staaten Ende 2015 darauf einigten, die Erderwärmung eindämmen zu wollen, ist klar: Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. Strom aus Wasser, Sonne, Wind und Bioenergie fegt Elektrizität, die durch große Atom-, Kohle- und Gaskraftwerke gewonnen wird, in rasend schnellem Tempo aus den Stromnetzen. Doch ausgerechnet in der Bundesrepublik Deutschland, dem globalen Vorreiter in Sachen Energiewende, gerät der grüne Innovationsmotor ins Stocken. Seit drei Jahren fahren die Hersteller von Komponenten, Produktionsanlagen und Endprodukten zur Erzeugung von regenerativen Energien ihre Ausgaben für Innovationen kontinuierlich zurück. Das geht aus einer Studie des Fraunhofer Instituts für System- und Innovationsforschung ISI hervor, die dem Handelsblatt exklusiv vorliegt.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energimix der Zukunft“**

1. *Geben Sie die Zielsetzungen der deutschen Bundesregierung hinsichtlich des Ausbaus der erneuerbaren Energien wieder.*
2. *Beschreiben Sie die derzeit zu beobachtenden Entwicklungen im Bereich der „grünen Technologien“.*
3. *Erläutern Sie die Kosten-Nutzen-Kalkulationen der Unternehmen der Branche.*
4. *Erschließen Sie sich in diesem Zusammenhang die Wirkungen der staatlich gesetzten Rahmenbedingungen und Anreizsysteme. Überprüfen Sie, inwieweit sich diese in der jüngsten Vergangenheit verändert haben.*

### **3. Artikel/Grafiken: Aufruhr bei RWE (04.03.2016)**

### **4. Interview: Ernst Gerlach: „Wir fühlen uns vor den Kopf gestoßen“ (04.03.2016)**

### **5. Artikel/Grafiken: RWE geht die Luft aus (09.03.2016)**

„Der Frust der kommunalen Aktionäre, die immerhin knapp 25 Prozent an RWE halten, sitzt tief. Viele Bürgermeister und Landräte an Rhein und Ruhr sind verärgert über den neuen Kurs beim Energiekonzern. Auf zwei Regionalkonferenzen haben jeweils rund 50 Vertreter gefordert, dem RWE-Chef auf der Hauptversammlung im April die Entlastung zu verweigern. Grund ist die überraschende Ankündigung des Vorstands vor zwei Wochen, den Stammaktionären in diesem Jahr die Dividende zu streichen. Die Maßnahme ist der Geldnot geschuldet: RWE musste noch einmal mehr als zwei Milliarden Euro abschreiben. Unter dem Strich verbucht der Konzern 2015 einen Nettoverlust von 200 Millionen Euro. Die Situation ist so angespannt, dass selbst den vier Vertretern der Kommunen im Aufsichtsrat nichts anderes übrigblieb, als den Ausfall der Dividende zu akzeptieren.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energie und Makroökonomie“**

1. *Ermitteln Sie die aktuellen Geschäftszahlen des RWE-Konzerns.*
2. *Erschließen Sie sich hierzu, inwieweit sich die Rahmenbedingungen für die großen Energieversorgungsunternehmen in den vergangenen Jahren in Deutschland verändert haben.*

3. *Erläutern Sie den vor diesem Hintergrund vollzogenen Strategiewechsel und Umbauprozess. Benennen Sie die hiermit im Kern verfolgten Zielsetzungen.*
4. *Geben Sie die aktuelle Entscheidung des RWE-Vorstands hinsichtlich der Ausschüttung von Dividenden im Jahr 2016 wieder.*
5. *Arbeiten Sie die Auswirkungen für die genannten westfälischen Kommunen heraus. Erörtern Sie hierzu den Zusammenhang zwischen den Veränderungen der energiepolitischen Rahmensetzungen, den betrieblichen Folgen und Entscheidungen sowie den Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte.*
6. *Erschließen Sie sich die wesentlichen Einschätzungen und Forderungen der kommunalen Anteilseigner mit Hilfe des Interviews.*
7. *Legen Sie dar, welche Reaktionsmöglichkeiten den Städten und Kommunen zur Verfügung stehen.*

## **6. Artikel/Grafik: Der Ölpreis probt die Erholung (08.03.2016)**

## **7. Artikel/Grafik: Iran verunsichert den Ölmarkt (15.03.2016)**

„Die US-Schieferölförderung, durch die der einstige Großverbraucher quasi als Nachfrager am Weltmarkt ausfiel, hatte Mitte 2014 den Niedergang der Rohölpreise eingeleitet. Dieser scheint nun gestoppt. Von rund 115 Dollar je Barrel (159 Liter) war der Brentölpreis auf unter 30 Dollar abgesackt. Das Tief hatte Öl Mitte Januar mit weniger als 27 Dollar markiert. Seither geht es nach oben. Zum Wochenbeginn kostete Brentöl fast 39 Dollar. [...] Die Erholung an den Ölmärkten geht Hand in Hand mit der rückläufigen Förderung in den amerikanischen Schieferölfeldern. Immer mehr Bohrlöcher lohnen bei den niedrigen Preisen nicht mehr. [...] Aber nicht nur in den USA, sondern weltweit schrauben Ölunternehmen ihre Investitionen zurück.“ Allerdings ist die Preisstabilisierung aufgrund der Ankündigungen Irans, seine Förderung weiter auszubauen, gefährdet.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Angebot/Nachfrage/Preisbildung“** und **„Perspektiven der Weltenergieversorgung“**

1. *Ermitteln Sie die Entwicklung des Ölpreises in den vergangenen Monaten. Arbeiten Sie wesentliche Einflussfaktoren auf die Preisbildung heraus.*
2. *Arbeiten Sie die Reaktionen der Branchen-Unternehmen heraus. Erläutern Sie deren Auswirkungen auf die Preisbildung.*

3. *Setzen Sie sich mit dem Einfluss der Frackingbranche auf die Preisentwicklung sowie die für sie spürbaren Auswirkungen auseinander.*
4. *Erläutern Sie die Zukunftsaussichten der Frackingbranche.*
5. *Geben Sie die aktuellen Förderpläne der iranischen Regierung wieder. Erschließen Sie sich deren zu vermutende Wirkungen auf die Preisentwicklung.*
6. *Setzen Sie sich vor diesem Hintergrund mit den Interessenkonflikten innerhalb der Organisation erdölexportierender Staaten (Opec) auseinander.*

### **8. Artikel/Grafiken: Eon: Trennung mit Hindernissen (10.03.2016)**

„Deutschlands größter Energiekonzern verbuchte [2015] einen gigantischen Fehlbetrag von netto sieben Milliarden Euro. Das ist noch einmal mehr als doppelt so viel wie im Jahr zuvor. Und so einen Verlust hatte weder Eon seit der Gründung im Jahr 2000 verbucht noch einer der Vorgänger in all den Jahrzehnten. Der Verlust kommt zwar nicht wirklich überraschend. [...] Die Zahl stellt aber ultimativ klar, dass es für Deutschlands größten Energiekonzern um nicht weniger geht als um die Existenz. Für Eon-Chef Teysen ist die Entwicklung ein weiterer Beleg, dass der Strategiewechsel, den er dem Konzern Ende 2014 verordnet hat, richtig ist. Damals hatte er angekündigt, dass sich Eon künftig auf das Geschäft mit der Energiewende konzentrieren soll - also auf erneuerbare Energien, Netze und Vertrieb. Das bisherige Kerngeschäft, den Betrieb der großen Kohle- und Gaskraftwerke, spaltete Eon zum Ende des vergangenen Jahres gemeinsam mit der Gasproduktion, der Wasserkraft und dem Energiegroßhandel in das neue Unternehmen Uniper ab.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energie und Makroökonomie“**

1. *Arbeiten Sie heraus, inwieweit sich die Rahmenbedingungen für die großen Energieversorgungsunternehmen in den vergangenen Jahren in Deutschland verändert haben.*
2. *Beschreiben Sie die hieraus resultierenden Folgen für den Eon-Konzern. Geben Sie hierzu die aktuellen Kennzahlen wieder.*
3. *Erläutern Sie den vor diesem Hintergrund vollzogenen Strategiewechsel und Umbauprozess im Konzern. Benennen Sie die hiermit im Kern verfolgten Zielsetzungen.*

4. *Erschließen Sie sich die in diesem Zusammenhang bestehenden Herausforderungen und zu bewältigenden Aufgaben.*

### **9. Artikel: Angst im Braunkohle-Revier (14.03.2016)**

### **10. Artikel/Grafik: Stiftungsmodell für Braunkohle: Unverlangt eingesandt (16.03.2016)**

„Die Nachrichten über den stockenden Verkaufsprozess bei der Vattenfall-Braunkohlesparte lassen in den betroffenen Ländern Sachsen und Brandenburg die Alarmglocken läuten. Die sich abzeichnenden Probleme könnten ein geordnetes Ende der Braunkohle behindern, so ihre Befürchtung. [...] Der geplante Verkauf der Braunkohlesparte geht in dieser Woche in die entscheidende Phase. Bis zum 16. März müssen verbindliche Gebote vorgelegt werden.“ Für weitere Unruhe sorgt im Bieterverfahren der Alternativvorschlag von Steag, der Gewerkschaft IG Bergbau sowie weiteren Akteuren, zwecks langfristig kontrollierter Abwicklung des Braunkohletagebaus eine Stiftung zu gründen.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energie und Makroökonomie“**

1. *Arbeiten Sie heraus, inwieweit sich die Rahmenbedingungen für die Betreiber von Kohlekraftwerken in den vergangenen Jahren in Deutschland verändert haben.*
2. *Erläutern Sie vor diesem Hintergrund die aktuellen Pläne des Vattenfall-Konzerns.*
3. *Erschließen Sie sich die bezüglich ihrer Umsetzung bestehenden Hürden und Risiken.*
4. *Ermitteln Sie die von den Unternehmensplänen betroffenen Interessengruppen und Akteure. Analysieren Sie in diesem Zusammenhang die ökonomischen Wirkungen eines Zechenverkaufs.*
5. *Setzen Sie sich mit den Ansatzpunkten und Zielsetzungen der als Alternativvorschlag eingebrachten Stiftungsgründung auseinander. Benennen Sie die im Wesentlichen mit ihr verfolgten Zielsetzungen.*
6. *Analysieren Sie das Konfliktpotenzial hinsichtlich dieses Lösungsansatzes.*

## 11. Artikel: Atomkraft - ja bitte? (16.03.2016)

„Europas Energieversorger müssen massiv in den Neubau von Atomkraftwerken investieren. Dafür seien bis zum Jahr 2050 Beträge in Höhe von 450 bis 500 Milliarden Euro nötig. Das prognostiziert die EU-Kommission in ihrem Bericht zum Zustand der Nuklearwirtschaft in Europa. [...] Angesichts eines wachsenden Stromverbrauchs kommt Europa demnach um Nuklearenergie nicht herum. Bis 2050 sind nach Ansicht der Kommission rund 90 Prozent der bestehenden altersschwachen Kapazitäten zu ersetzen. Schätzungen der Kommission zufolge wird die Branche in den nächsten Jahrzehnten zusätzlich zu den Investitionen in neue Anlagen 45 bis 50 Milliarden Euro investieren müssen, um bestehende altersschwache Anlagen so zu sanieren, dass sie nicht vom Netz müssen. ‚Viele Betreiber haben den Willen geäußert, bestehende Anlagen länger laufen zu lassen, als es ihr ursprüngliches Design vorsieht‘, stellt die Kommission fest. Bei den Grünen stößt die Brüsseler Bestandsaufnahme bereits im Vorfeld auf Kritik.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energimix der Zukunft“**

1. *Geben Sie die Bewertungen der EU-Kommission hinsichtlich der notwendigen Investitionen im europäischen Atomkraftsektor wieder.*
2. *Ermitteln Sie die Stellung, die die Atomkraft nach Ansicht der EU-Kommission zukünftig spielen wird.*
3. *Erschließen Sie sich die diesbezügliche Kontroverse.*
4. *Überprüfen Sie, inwieweit die europäischen und deutschen Ziele miteinander im Einklang bzw. Widerspruch stehen.*

## 12. Artikel/Karikatur: Das letzte Gefecht der Atomlobby (16.03.2016)

„Eon sowie die anderen Atomkonzerne RWE, Vattenfall und EnBW kämpfen um Milliarden - Milliarden, die sie vielleicht sogar fürs Überleben brauchen. Eon beziffert den Schaden durch den von der Regierung angeordneten Atomausstieg mit acht Milliarden Euro, insgesamt stehen 19 Milliarden Euro im Raum. Und, sollte das Gericht einen Verstoß gegen das Eigentumsrecht der Konzerne feststellen, erhoffen sich Eon und Co. ein politisches Druckmittel im Kampf um bessere Rahmenbedingungen. ‚Ich stehe hier in erster Linie für die vielen Tausend Eon-Anleger, die im Vertrauen auf Rechtsschutz, Investitionen getätigt haben‘, sagte Teysen, der als Erster ans Rednerpult trat. Der Eon-Chef hatte es sich nicht nehmen lassen, persönlich nach Karlsruhe zu kommen - im Gegensatz zu RWE-Chef Peter



Terium, der den Chef seiner Kraftwerkssparte Matthias Hartung entsandt hatte. Auf der anderen Seite kämpfte Umweltministerin Barbara Hendricks an vorderster Front.

Fast auf den Tag genau fünf Jahre ist es inzwischen her, dass ein Tsunami Japan heimsuchte und es im Kernkraft Fukushima zur Katastrophe kam. Das Bundesverfassungsgericht muss jetzt entscheiden, ob die Reaktion der damaligen schwarz-gelben Bundesregierung korrekt war. Damals mussten die Betreiber unmittelbar acht Reaktoren vom Netz nehmen, und im Sommer wurde per Gesetz bestimmt, dass die restlichen neun bis 2022 nach und nach folgen müssen.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Wertschöpfung**“, „**Energiepolitik**“ und „**Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft**“

- 1. Geben Sie die Entscheidung der deutschen Bundesregierung aus dem Jahr 2011 hinsichtlich der Zukunft der Atomenergie in Deutschland wieder. Beschreiben Sie die Hintergründe der Entscheidung, und benennen Sie deren wesentliche Zielsetzungen.*
- 2. Erschließen Sie sich die hieraus resultierenden Folgen für die Betreiber der deutschen Atomkraftwerke.*
- 3. Erläutern Sie den Gegenstand des aktuellen Prozesses vor dem Bundesverfassungsgericht. Benennen Sie die Streitparteien, und arbeiten Sie deren Positionen und Argumente heraus.*
- 4. Analysieren Sie in diesem Zusammenhang die angehängte Karikatur.*

### **13. Artikel: Klimaschutzplan mit vielen Fragezeichen (18.03.2016)**

„Die Vorschläge für den Klimaschutzplan sind zusammengefasst in einem ‚Maßnahmenkatalog‘, der in seiner aktuellen Fassung 372 Seiten und viele Dutzend Einzelvorschläge für die Sektoren Energie, Industrie, Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft enthält. Darunter finden sich originelle Ideen wie etwa eine ‚Bildungskampagne klimafreundlicher Konsum‘, aber auch konkrete Vorschläge für den Ausstieg aus der Kohlenutzung, eine ‚klimafreundliche Düngerstrategie‘ und auch die Anregung, die Grundsteuer von Gebäuden an die Energieeffizienz zu koppeln. [...] Die Kritik kommt aus weiten Teilen der Wirtschaft. Ob Autobauer, Chemieindustrie, Energiebranche, Wohnungswirtschaft oder Landwirte - sie alle sehen Anlass zur Klage. [...] Im Ministerium versteht man die Aufregung nicht. Dort heißt es, es handele sich lediglich um eine Sammlung von Vorschlägen, die das Ministerium im Detail nicht bewerte. Erst am Ende des Prozesses werde gesagt, welche Vorschläge übernommen würden. Der fertige Plan soll möglichst noch vor der Sommerpause vom Kabinett verabschiedet werden.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“** und **„Umweltschutz“**

- 1. Geben Sie die Zielsetzungen des Klimaschutzplans der Bundesregierung wieder. Erläutern Sie dessen Zustandekommen.*
- 2. Erschließen Sie sich die diesbezüglich auftretenden Konflikte. Benennen Sie die Akteure, die im Besonderen Kritik üben, und geben Sie die Reaktion des Bundesumweltministeriums wieder.*
- 3. Erläutern Sie die zutage tretenden Zielkonflikte zwischen ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen.*



**Jens Økland (Statoil): „Deutschland wird sein Klimaziel verfehlen“**

5 *Der Statoil-Manager über die Pläne der EU-Kommission für eine europäische Energieunion, die deutsche Kohlepolitik, die Probleme der Gaskraftwerke und den Emissionshandel.*

10 Mit der deutschen Energiepolitik hat Jens Økland seine Probleme. Er ist Vorstandsmitglied beim norwegischen Statoil-Konzern und unter anderem zuständig für den Öl- und Gastransport. Das staatlich dominierte Unternehmen unterhält ein gut ausgebautes Pipelinenetz nach Deutschland, Frankreich, Belgien und Großbritannien.

*Herr Økland, die EU-Kommission strebt eine europäische Energieunion an. Wie bewerten Sie diese Pläne?*

15 Die Pläne der EU-Kommission zur Bildung einer europäischen Energieunion gehen in die richtige Richtung. Die Kommission will dafür sorgen, dass das europäische Gasleitungssystem noch stärker vernetzt wird. Eine gut ausgebaute Gasversorgungsinfrastruktur erhöht die Versorgungssicherheit und führt zu mehr Flexibilität und Liquidität im Gasmarkt.

20 *Welchen Beitrag können Sie zur Erhöhung der Versorgungssicherheit in Europa leisten?*

25 Norwegen hat ein enormes Potenzial. Ein Drittel der norwegischen Gasvorkommen ist bereits gefördert, ein Drittel lässt sich bis 2035 mobilisieren, ein weiteres Drittel steht für die Dekaden nach 2035 zur Verfügung. Die Ressourcen sind also erheblich, und es lässt sich noch für Jahrzehnte auf dem heutigen Niveau weiterproduzieren.

*Die Weltgasmärkte wachsen zusammen, auch andere Lieferanten stehen parat.*

30 Ja, aber wir können auf eine bereits existierende und sehr gute Infrastruktur mit Pipelines nach Deutschland, Belgien, Frankreich und Großbritannien zurückgreifen. Wir müssen erhebliche Investitionen tätigen, wenn wir unsere Gasvorkommen nutzen wollen. Diese Investitionen sind nur dann sinnvoll, wenn es eine langfristige und verlässliche Nachfrage gibt. Die existierenden Pipelines sind eine gute Basis dafür.

35 *Da wären natürlich langfristige Lieferverträge für Sie die ideale Lösung. Die will aber die EU-Kommission gerade nicht sehen.*

Wir brauchen keine langfristigen Lieferverträge. Was wir brauchen, sind verlässliche, langfristig angelegte energiepolitische Rahmenbedingungen.

40 *Die EU-Kommission will künftig zwischenstaatliche Vereinbarungen bereits in einem frühen Stadium prüfen und sich in bestimmten Fällen sogar kommerzielle Verträge ansehen. Wie bewerten Sie das?*

Das macht mir keine Sorgen. Wenn der politische Rahmen insgesamt stimmt, ist das in Ordnung.

45 *Was meinen Sie damit?*

Nehmen Sie das Beispiel Großbritannien. Die Briten haben entschieden, sie wollen bis 2025 aus der Kohlenutzung aussteigen und Gas im langfristigen Energiemix eine wichtigere Rolle einräumen. Auf der Basis solcher politischen Entscheidungen können wir kalkulieren.

50

*Und Deutschland?*

In Deutschland ist die Situation für uns nicht so klar. Gaskraftwerke haben hier große Probleme und kommen immer seltener zum Einsatz. Hier erhoffen wir uns klare politische Signale. Die jetzige Lage ist nicht zufriedenstellend. Immerhin spielt das Gas im Wärmesektor und in der Industrie in Deutschland eine wichtige Rolle. In beiden Segmenten ist die Nachfrage sehr stabil.

55

*Welche politischen Signale meinen Sie?*

Solche Signale können von europäischer oder von nationaler Ebene ausgehen. Nehmen Sie das europäische Emissionshandelssystem. Das jetzige Preisniveau gibt keinen Anreiz, von Kohle auf Gas umzustellen. Wenn der CO<sub>2</sub>-Preis steigen würde, würde Kohle unwirtschaftlich und Gas attraktiv. Die Weltklimakonferenz in Paris hat die entscheidenden Vorgaben gemacht. Die Beschlüsse von Paris müssen nun mit Inhalt unterlegt werden. Die in diesem Jahr anstehende Reform des Emissionshandels bietet eine gute Gelegenheit dazu.

65

*Welche Rolle spielt Deutschland dabei?*

Deutschland wird seine Klimaziele nicht erreichen, wenn es nicht einen Ausstieg aus der Kohle forciert und dafür ein schlüssiges Konzept vorlegt.

70

*Wie bewerten Sie die Pläne, die Ostseepipeline um zwei weitere Stränge zu erweitern?*

Aus unserer Sicht muss sichergestellt sein, dass das Gas aus Russland auch Märkte erreichen kann, die weiter im Osten und Süden Europas liegen und derzeit noch nicht mit der nordwesteuropäischen Gasinfrastruktur verbunden sind. Eine stärkere Vernetzung der europäischen Gasinfrastruktur, wie sie die EU-Kommission anstrebt, ist der richtige Weg. Grundsätzlich ist gegen zusätzliche Pipelines von Russland in die EU natürlich nichts einzuwenden. Wir erleben ja ohnehin, dass mehr und mehr Gas nach Europa strömt, in steigendem Maße auch als Flüssiggas aus aller Welt, künftig zum Beispiel auch aus den USA. Das wachsende Angebot senkt tendenziell das Preisniveau. Aber dieser Herausforderung stellen wir uns gerne. Der große Vorteil Norwegens ist die Nähe zum europäischen Markt. Diesen Vorteil werden wir auch in Zukunft nutzen.

75

80

*Welche Rolle spielt Flüssiggas( LNG) in Ihren Überlegungen?*

Wir haben in unserem Gasfeld Snøhvit in der Nähe von Hammerfest eine Gasverflüssigungsanlage, die hervorragend läuft. Wir verkaufen das Flüssiggas an den Abnehmer, der gerade den besten Preis bietet, und es wird dann per Tanker in die ganz Welt verschifft, auch zu europäischen Abnehmern. Dieses Geschäft läuft sehr gut.

90

*Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 044, 03.03.2016, 24*

## Die Öko-Revolution gerät ins Stocken

*Hersteller grüner Technologie fahren Ausgaben für die Entwicklung neuer Produkte immer weiter zurück.*

5  
Einst als grüne Spinner belächelt, zählen Unternehmen, die mit erneuerbaren Energien ihr Geld verdienen, längst zu einer milliardenschweren Industrie. Die Ökostrombranche beschäftigt hierzulande bereits mehr als 355 000 Menschen und erzielt nach Berechnungen des Bundesverbands Erneuerbare Energie eine Gesamtwertschöpfung von  
10 etwa 63 Milliarden Euro pro Jahr. Und auch der Blick nach vorn stimmt die Branche eigentlich optimistisch.

Spätestens seit der Klimakonferenz von Paris, bei der sich 195 Staaten Ende 2015 darauf einigten, die Erderwärmung eindämmen zu wollen, ist klar: Den erneuerbaren  
15 Energien gehört die Zukunft. Strom aus Wasser, Sonne, Wind und Bioenergie fegt Elektrizität, die durch große Atom-, Kohle- und Gaskraftwerke gewonnen wird, in rasend schnellem Tempo aus den Stromnetzen. Doch ausgerechnet in der Bundesrepublik Deutschland, dem globalen Vorreiter in Sachen Energiewende, gerät der grüne Innovationsmotor ins Stocken.

20  
Seit drei Jahren fahren die Hersteller von Komponenten, Produktionsanlagen und Endprodukten zur Erzeugung von regenerativen Energien ihre Ausgaben für Innovationen kontinuierlich zurück. Das geht aus einer Studie des Fraunhofer Instituts für System- und Innovationsforschung ISI hervor, die dem Handelsblatt exklusiv vorliegt.

25  
Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung befragten die Wissenschaftler alle Hersteller von Erneuerbarer-Energie-Technologie in Deutschland nach ihren Aktivitäten im Bereich Forschung und Entwicklung. Demnach sind die Ausgaben für Innovationen von 2013 bis 2015 um 44 Prozent zurückgegangen. Investierten  
30 Solarmodulhersteller, Rotorblattproduzenten und Windturbinenbauer vor drei Jahren im Schnitt mehr als drei Millionen Euro pro Jahr in ihren Unternehmen für die Technologien von morgen, waren es 2015 nur mehr 1,7 Millionen Euro.

35  
„Dieser negative Trend sollte als ein frühes Warnsignal verstanden werden“, sagte Karolin Rogge, Studienleiterin vom Fraunhofer ISI. Denn falls sich diese Entwicklung weiter fortsetzt, sei „die Spitzenposition der deutschen Energietechnologie-Hersteller im internationalen Wettbewerb gefährdet“, warnt Rogge. Das größte Innovationshemmnis stellt für die Unternehmen die Politik dar.

40  
Obwohl der Anteil der Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen bis 2050 von derzeit 33 Prozent auf mindestens 80 Prozent gesteigert werden soll, bemängeln die Ökofirmen ein Absinken der Glaubwürdigkeit bei der Energiewende. Mehr als zwei Drittel der befragten Unternehmen kritisieren das Fehlen wichtiger flankierender  
45 Regelungen zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Hersteller befürchten, dass die ständig neuen Pläne in Berlin negative Auswirkungen auf den deutschen Absatzmarkt haben. Am schlechtesten schätzen das Innovationsklima Solarfirmen ein, am besten Vertreter von Offshore-Wind-Energie.

- 50 „Verlässliche energiepolitische Rahmenbedingungen sind unverzichtbar für den Zugang zu Kapital und die notwendigen Investitionen am Standort Deutschland“, sagte Carsten Körnig dem Handelsblatt. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands Solarwirtschaft fordert, die Forschungsförderungsprogramme der Bundesregierung aufrechtzuerhalten.
- 55 Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) setzt andere Schwerpunkte. Weil die Förderkosten für Grünstrom aus dem Ruder laufen, will er der Ökobranchen „mehr Markt und weniger Staat“ verordnen. Konkret sollen die Vergütungen für Grünstrom ab 2017 nicht mehr per Gesetz festgelegt, sondern im Wettbewerb ermittelt werden. Derjenige, der sich mit den geringsten Fördermitteln begnügt, bekommt den Zuschlag.
- 60 Gabriel sieht keinen Grund mehr, der Branche „Welpenschutz“ zu gewähren. Aus den Welpen seien nämlich längst „kräftige Jagdhunde“ geworden.

*Quelle: Hubik, F., Handelsblatt, Nr. 044, 03.03.2016, 25*

## Aufbruch bei RWE

*Konzernchef Terium hat die kommunalen Aktionäre verärgert. Wegen des Ausfalls der Dividende drohen sie mit Konsequenzen.*

5

Es kommt selten vor, dass ein Vorstandschef freiwillig seinen Posten räumt. Peter Terium ist dazu entschlossen. Das Besondere: Der RWE-Chef geht, um zu bleiben. Bis Ende des Jahres will Terium die Abspaltung der neuen Gesellschaft auf den Weg bringen, die sich künftig um das Zukunftsgeschäft mit erneuerbaren Energien, Vertrieb und Netzen kümmern soll. Nach dem Börsengang will er an die Spitze dieses Unternehmens wechseln und seinen bisherigen Platz RWE- Vize Rolf Martin Schmitz überlassen. Am Donnerstag hat der Aufsichtsrat seine Pläne gebilligt.

15 Doch es gibt erhebliche Kritik an der Personalrochade. Einige Anteilseigner zweifeln, dass Teriums Visionen ausreichen, um die neue Gesellschaft in eine bessere Zukunft führen zu können. „Ich traue ihm das nicht zu“, sagt ein einflussreicher Vertreter der kommunalen Aktionäre. „Mein Vertrauen in Terium ist zerrüttet.“

20 Der Frust der kommunalen Aktionäre, die immerhin knapp 25 Prozent an RWE halten, sitzt tief. Viele Bürgermeister und Landräte an Rhein und Ruhr sind verärgert über den neuen Kurs beim Energiekonzern. Auf zwei Regionalkonferenzen haben jeweils rund 50 Vertreter gefordert, dem RWE-Chef auf der Hauptversammlung im April die Entlastung zu verweigern. Grund ist die überraschende Ankündigung des Vorstands vor zwei Wochen, den Stammaktionären in diesem Jahr die Dividende zu streichen. Die Maßnahme ist der Geldnot geschuldet: RWE musste noch einmal mehr als zwei Milliarden Euro abschreiben. Unter dem Strich verbucht der Konzern 2015 einen Nettoverlust von 200 Millionen Euro. Die Situation ist so angespannt, dass selbst den vier Vertretern der Kommunen im Aufsichtsrat nichts anderes übrigblieb, als den Ausfall der Dividende zu akzeptieren.

30

Die Bürgermeister und Landräte an der Basis bemängeln vor allem den Führungsstil Teriums - und drohen mit Konsequenzen. „RWE macht in unseren Regionen gute Geschäfte. Das muss nicht so bleiben“, warnt Ernst Gerlach, Geschäftsführer des Verbands der kommunalen RWE-Aktionäre (VKA), im Gespräch mit dem Handelsblatt. Die Kommunen seien ja nicht nur Aktionär, „sondern seit mehr als einem Jahrhundert auch Partner und Kunde“. So ist RWE auf Konzessionsverträge angewiesen, um Strom- und Gasnetze zu betreiben. „Kooperation geht aber nur, wenn wir das Gefühl haben, dass wir auch wertgeschätzt werden.“

40 Terium kann sich den Streit mit den Bürgermeistern nicht wirklich leisten. Auch die neue Gesellschaft ist bei Vertrieb, Netzen und Energieerzeugung auf ein gutes Verhältnis zu den Kommunen angewiesen. Da wird der RWE-Chef noch viel Überzeugungsarbeit leisten müssen.

45 Egal, ob SPD oder CDU - dieses Mal waren sich die Bürgermeister und Landräte einig. Auf zwei Regionalkonferenzen berieten die kommunalen Aktionäre über den Schock, den ihnen die RWE-Führung mit der geplanten Streichung der Dividende versetzt hat. Am Dienstag vor einer Woche kamen rund 50 Vertreter im 800-Seelen-

50 Dorf Baar in der Eifel zusammen, eine Woche später noch einmal ungefähr so viele in Essen, wo auch der Energiekonzern sitzt. Die Bürgermeister, Landräte und Stadtwerke-Chefs seien sich einig gewesen, Peter Terium auf der Hauptversammlung am 20. April einen Denkkzettel zu verpassen, berichteten mehrere Teilnehmer: Dem Vorstandschef solle die Entlastung verweigert werden.

55 Es wäre nur eine symbolische Aktion, denn verhindern können die kommunalen Aktionäre die Streichung der Dividende nicht mehr - trotz ihrer fast 25-Prozent-Beteiligung. Im Aufsichtsrat stimmten die vier Vertreter folgerichtig auch letztlich zu. Die Debatte über die Entlastung Teriums zeigt aber, wie tief das Zerwürfnis zwischen Ankeraktionären und Management ist. Der Streit belastet den geplanten Umbau des  
60 Energiekonzerns und gefährdet die Sanierung des angeschlagenen Unternehmens.

Die Wut der Bürgermeister ist verständlich. Sie hatten mit einer Kürzung der Dividende von bisher einem Euro je Aktie auf 80 Cent, höchstens aber 50 Cent gerechnet. Als der Vorstand vor zwei Wochen per Ad-hoc-Mitteilung ankündigte, die  
65 Dividende für Stammaktionäre komplett ausfallen zu lassen, traf das die kommunalen Aktionäre wie ein Schlag. Sie unterbreiteten sogar einen Kompromissvorschlag, waren bereit, eine Kürzung auf unter 50 Cent zu akzeptieren, berichtete ein einflussreicher Aktionär. Dies sei vom Vorstand aber abgelehnt worden.

70 Jetzt stehen die Kämmerer vor großen Problemen, denn sie müssen mit drastischen Maßnahmen die Löcher im ohnehin klammen Haushalt stopfen. Essens Kämmerer Lars-Martin Klieve erwägt schon, die Grundsteuer zu erhöhen. Ihm fehlen, verglichen mit dem Vorjahr, knapp 19 Millionen Euro. „Der Dividendenausfall trifft uns zur Unzeit“, klagt Uwe Bonan, Stadtkämmerer von Mülheim an der Ruhr, „unser  
75 Haushalt ist schon jetzt wegen der Mehrbelastungen infolge der Flüchtlingskrise auf Kante genäht.“ Mülheim an der Ruhr hält 9,8 Millionen RWE-Aktien. Bonan hatte schon mit einer Senkung der Dividende auf 75 Cent kalkuliert. Jetzt fehlen ihm 7,2 Millionen Euro.

80 Es ist aber nicht nur die finanzielle Not, die die Bürgermeister und Kämmerer gegen RWE-Chef Peter Terium aufgebracht hat. Es ist auch dessen Führungsstil. „Die Art und Weise, wie der Vorstand die Entscheidung kommuniziert hat, ist inakzeptabel“, sagt Bonan. Seit einem guten Jahr fühlen sich die kommunalen Aktionäre von Terium sowie von dem scheidenden Aufsichtsratschef Manfred Schneider und jetzt auch von  
85 Schneiders designiertem Nachfolger Werner Brandt gegängelt.

Vor einem Jahr zog Schneider überraschend Teriums Vertragsverlängerung um ein halbes Jahr vor, um die Personalie vom sich abzeichnenden Streit über die Strategie zu entkoppeln. Die Vertreter der kommunalen Aktionäre im Aufsichtsrat fühlten sich  
90 übertölpelt, stimmten aber zähneknirschend zu. Im Sommer wurden sie mit einem ersten Strategieschwenk konfrontiert. Sie mussten der Verschmelzung zahlreicher RWE-Töchter zustimmen, verloren Aufsichtsratsposten und Einfluss. Ende des Jahres wurden sie dann von einem neuerlichen Richtungswechsel überrascht, nämlich der Abspaltung von Vertrieb, Netzen und erneuerbaren Energien in eine neue  
95 Gesellschaft, die an die Börse gehen soll. Im Klartext heißt das: Die Kommunen haben keine direkte Kontrolle mehr über das Zukunftsgeschäft, sondern nur noch über



die notleidenden Kohle- und Gaskraftwerke. Und Ende Januar drängte Terium dann noch RWE-Deutschland-Chef Arndt Neuhaus aus dem Unternehmen. Er war die Vertrauensperson der Kommunen. Viele sahen in Neuhaus den besseren Chef als  
100 Terium, vor allem einen Manager, der das Zukunftsgeschäft besser entwickeln könnte.

Terium kann sich auf Dauer keinen Streit mit dem Ankeraktionär leisten. Zu tief ist die Krise des Energiekonzerns, die es zu bewältigen gilt. RWE brechen im bisherigen Kerngeschäft, der konventionellen Stromproduktion, im Rekordtempo die Gewinne  
105 weg. Weil der Markt mit Ökostrom geflutet wird, kommen die großen Kohle- und Gaskraftwerke kaum noch gewinnbringend ans Netz. Schon bald dürfte RWE in der konventionellen Stromproduktion Verluste verbuchen.

Gleichzeitig lastet der Atomausstieg auf dem Konzern. In Berlin verhandelt aktuell die von der Bundesregierung eingesetzte Atomkommission, wie die Rückstellungen der von der Pleite bedrohten Energiekonzerne gesichert werden können. Es drohen  
110 weitere Lasten.

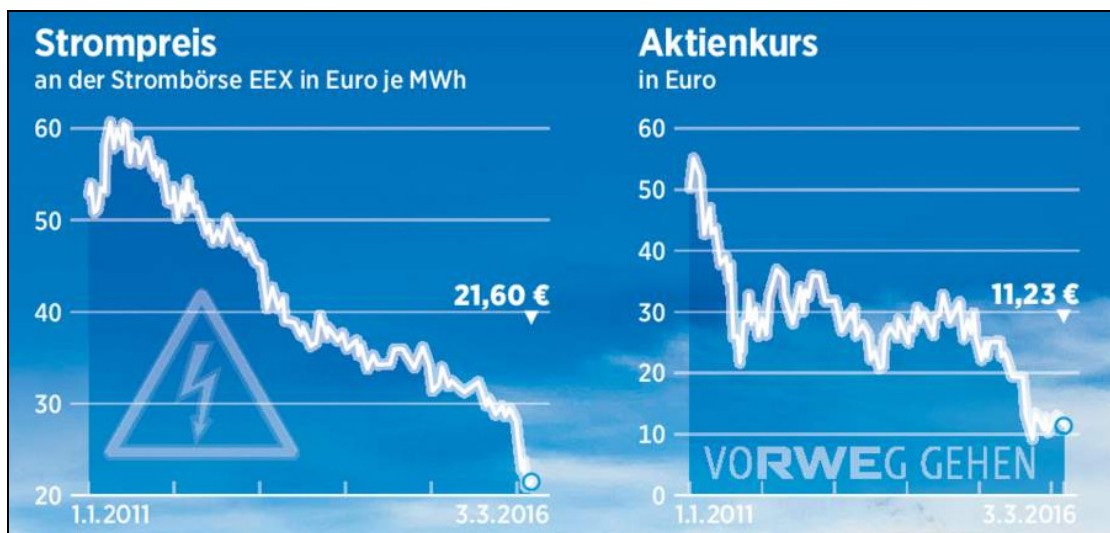
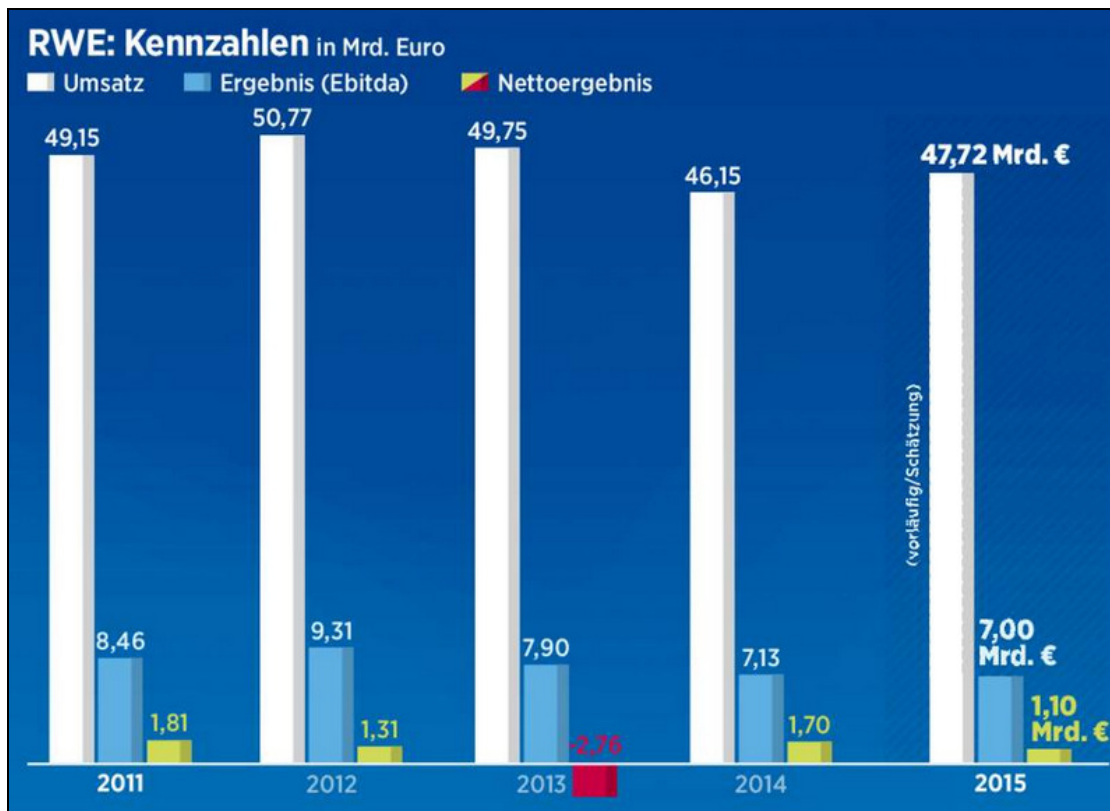
Rolf Martin Schmitz, der nach dem Börsengang der „grünen“ Tochter an die Spitze der RWE AG wechseln wird, übernimmt einen Konzern, der in seiner Existenz bedroht ist. An der Börse ist RWE inzwischen weniger als sieben Milliarden Euro wert. Seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima ist der Kurs der RWE-Aktie um fast  
115 75 Prozent auf gerade noch gut elf Euro abgestürzt. Anfang 2008 hatte die Aktie noch die 100-Euro-Marke durchbrochen, und RWE war 56 Milliarden Euro wert.

120

*Quelle: Flauger, J./Hubik, F., Handelsblatt, Nr. 045, 04.03.2016, 3*









## Ernst Gerlach: „Wir fühlen uns vor den Kopf gestoßen“

*Der Sprecher der kommunalen Aktionäre über das Verhältnis zum RWE-Vorstand.*

5 Vor mehr als 80 Jahren haben sich die kommunalen Aktionäre von RWE auf eine  
gemeinsame Interessenvertretung geeinigt. Aktuell vertritt der Verband der  
kommunalen RWE-Aktionäre (VKA) in Essen 86 Gesellschafter des  
Energiekonzerns. Darunter sind Großaktionäre wie die Stadt Essen und kleine wie der  
Eifelkreis Bitburg-Prüm, aber auch Stadtwerke und Sparkassen. Ernst Gerlach ist  
10 einer der Geschäftsführer. Der ehemalige Staatssekretär im nordrhein-westfälischen  
Finanzministerium hat zuletzt auf zwei Regionalkonferenzen den geballten Unmut der  
Bürgermeister und Landräte über die RWE-Führung erlebt.

*Herr Gerlach, RWE wird in diesem Jahr keine Dividende zahlen. Wie sehr hat diese  
15 Ankündigung die kommunalen Aktionäre getroffen?*

Die Stimmung unter den kommunalen Aktionären reicht von tief enttäuscht und  
frustriert bis zu aggressiv.

*Ist der Schritt angesichts der Krise von RWE aber nicht vernünftig?*

20 Mit einer Kürzung der Dividende haben wir ja gerechnet. Dass die Dividende aber  
komplett ausfällt, hat uns alle völlig überrascht. Das hat die Kommunen wie einen  
Donnerschlag getroffen und bringt die Kämmerer in ernste Schwierigkeiten. Sie  
müssen ihrerseits jetzt zu unpopulären Maßnahmen greifen, um die Löcher im  
Haushalt zu stopfen.

*Darauf kann ein börsennotierter Konzern doch aber keine Rücksicht nehmen?*

25 Es ist ja aber nicht nur der materielle Schaden, der uns ärgert. Wir sind auch  
enttäuscht, wie das Management mit uns umgeht. Es war kein guter Stil, dass der  
Dividendenvorschlag per Ad-hoc-Mitteilung verkündet wurde, ohne dass er überhaupt  
30 im Aufsichtsrat beraten wurde. Wir fühlen uns vor den Kopf gestoßen. Das hat unser  
Vertrauen in das Management weiter erschüttert.

*War es das denn schon vorher?*

35 Es gab im vergangenen Jahr einige Maßnahmen, mit denen wir vom Management vor  
vollendete Tatsachen gestellt wurden. Vor einem Jahr wurden wir überraschend mit  
der vorzeitigen Vertragsverlängerung von Herrn Terium konfrontiert, und in die  
Ausarbeitung des Konzernumbaus wurden wir auch nicht einbezogen. Im Sommer  
wurden uns wochenlang Modelle präsentiert, die nichts mit Abspaltung des  
Zukunftsgeschäfts zu tun hatten, mit der wir dann im Winter überrascht wurden.  
40 Auch einige personelle Entscheidungen im Konzern trafen uns völlig überraschend.

*Wundert Sie das? Die Kommunen sind ja auch kein einfacher Partner. Für sie stehen  
Dividenden und Standortinteressen im Vordergrund.*

45 Das stimmt doch nicht. Die Kommunen haben auch in den zuletzt harten Jahren  
konstruktiv mit am Umbau des Konzerns gearbeitet. Wir haben in der Vergangenheit  
schon vieles mitgetragen, auch wenn es uns schmerzt hat. Wir haben  
Kapitalerhöhungen zugestimmt und auch der Halbierung der Dividende vor zwei

Jahren. Wir fragen uns, warum es jetzt diese Frontstellung gibt. Das Vertrauen droht jetzt auch bei uns in Misstrauen umzuschlagen.

50

*Sehen Sie denn noch eine Chance, die Dividendenkürzung aufzuhalten?*

Nein. Im Aufsichtsrat konnten wir mit unseren Stimmen nichts bewirken - und auch auf der Hauptversammlung ist das aktienrechtlich nicht möglich. Wenn das Unternehmen keinen Gewinn ausweist, kann die Hauptversammlung auch keine Dividende durchsetzen.

55

*Der Aufstand auf der Hauptversammlung bleibt also aus?*

Nein, wir werden schon protestieren. Ein denkbarer Weg ist das Instrument der „Nichtentlastung“. Das werden wir aber erst noch beraten. Wir müssen auch über unser Verhältnis zum Konzern nachdenken.

60

*Inwiefern?*

Wir sind ja nicht nur Aktionäre, sondern seit mehr als einem Jahrhundert auch Partner und Kunden. RWE macht in unseren Regionen gute Geschäfte. Das muss nicht so bleiben.

65

*Können Sie das erläutern?*

In vielen Kommunen stehen die Konzessionsverträge, die RWE den Betrieb der Strom- und Gasnetze erlauben, zur Verlängerung an. Und wir sind auch ein guter Partner in der dezentralen Energieerzeugung, in der die neue Gesellschaft sich verstärkt engagieren will. Wir haben beispielsweise gute Standorte für Windanlagen. Kooperation geht aber nur, wenn wir das Gefühl haben, dass wir auch wertgeschätzt werden. Vielleicht sieht der Vorstand ja aber auch ein, dass es so nicht weitergeht, und versucht von sich aus, das Vertrauen wieder herzustellen.

75

*Wie könnte das aussehen?*

Uns ärgert, dass wir aus der neuen Gesellschaft ausgeschlossen sind. Es wäre eine vertrauensbildende Maßnahme, wenn wir etwa einen oder zwei Sitze im Aufsichtsrat der neuen Tochter angeboten bekämen.

80

*Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 045, 04.03.2016, 7*

## RWE geht die Luft aus

*Der Energiekonzern ist vor der Aufspaltung in einer dramatischen Lage: Die herkömmlichen Kraftwerke bringen kaum noch Geld ein.*

5 Peter Terium sah offenbar Erklärungsbedarf. Warum gibt ein Manager freiwillig den Vorstandsvorsitz eines Dax-Konzerns ab? Warum will der Niederländer sich ab Ende des Jahres auf die Führung eines Unternehmens konzentrieren, in das RWE zwar das attraktive Geschäft mit der Energiewende abspaltet, das aber eben doch eine  
10 Tochtergesellschaft ist? Weil sich in diesem Unternehmen, das provisorisch RWE International SE heißt, die Zukunft des gesamten Konzerns entscheide, erklärte Terium am Dienstag gleich zu Beginn der Bilanzpressekonferenz: „Es ist wichtig, dass die neue Gesellschaft ein Erfolg wird - nur dann kann die RWE AG weiter werthaltig deren Aktien verkaufen“, betonte er. „Es ist richtig, dass der Aufsichtsrat  
15 seinen ersten Mann dahin schickt, wo es am wichtigsten ist.“ Und Rolf Martin Schmitz, noch Vize und künftiger RWE-Chef, sicherte Terium zu, dass er ihm nicht hineinregiert: „Die Unabhängigkeit der neuen Tochter ist auch für die RWE AG von großer Bedeutung.“

20 Die letzte Jahresbilanz, die Terium - wenn alles wie geplant läuft - präsentierte, kann er als ultimatives Argument für den radikalen Strategiewechsel werten, den er RWE verordnet hat. Anfang Dezember hatte er den Markt mit der Entscheidung überrascht, das Geschäft mit erneuerbaren Energien, Netz und Vertrieb auszugliedern und bis Ende 2016 an die Börse zu führen. Die RWE AG soll sich auf die konventionelle  
25 Stromproduktion, also Kohle-, Gas- und Atomkraftwerke, sowie den Großhandel konzentrieren.

Die Bilanz unterstreicht zum einen, wie groß der Handlungsdruck von Deutschlands  
30 zweitgrößtem Energiekonzern ist. RWE verbuchte 2015 unter dem Strich einen Nettoverlust von 170 Millionen Euro. 2014 hatte der Konzern noch einen Nettogewinn von 1,7 Milliarden Euro erwirtschaftet. Die Stammaktionäre bekommen deshalb keine Dividende. Und die Aussichten für 2016 sind nach Teriums Worten auch trübe. „Unsere Ergebnisprognose zeigt, dass die Talsohle noch nicht  
35 durchschritten ist.“ Zum anderen wird deutlich, dass RWE sich in einen Sanierungsfall und einen Hoffnungsträger aufspaltet, der - so Teriums Kalkül - attraktiv für neue Investoren sein soll.

In der konventionellen Stromerzeugung brechen die Gewinne schneller weg, als RWE  
40 mit immer neuen Sparprogrammen gegensteuern kann. Das Betriebsergebnis sank erneut um 45 Prozent auf nur noch 540 Millionen Euro. Damit bringt die Sparte, die Jahrzehnte lang Kerngeschäft war, nicht einmal mehr 15 Prozent des Betriebsergebnisses ein. Noch vor kurzem war es deutlich mehr als die Hälfte. RWE leidet unter dem drastischen Verfall der Großhandelspreise für Strom, weil der Markt mit Wind- und Solarstrom geflutet wird. Aktuell kostet eine Megawattstunde kaum  
45 mehr als 20 Euro. „Bei diesen Strompreisen rechnet sich kein Kraftwerk mehr“, sagte Terium. RWE hat den Wert der Anlagen zum wiederholten Male abgeschrieben. Dieses Mal um 2,1 Milliarden Euro. Selbst die günstige Braunkohle rentiert sich nicht mehr. RWE will nun auch hier sparen.

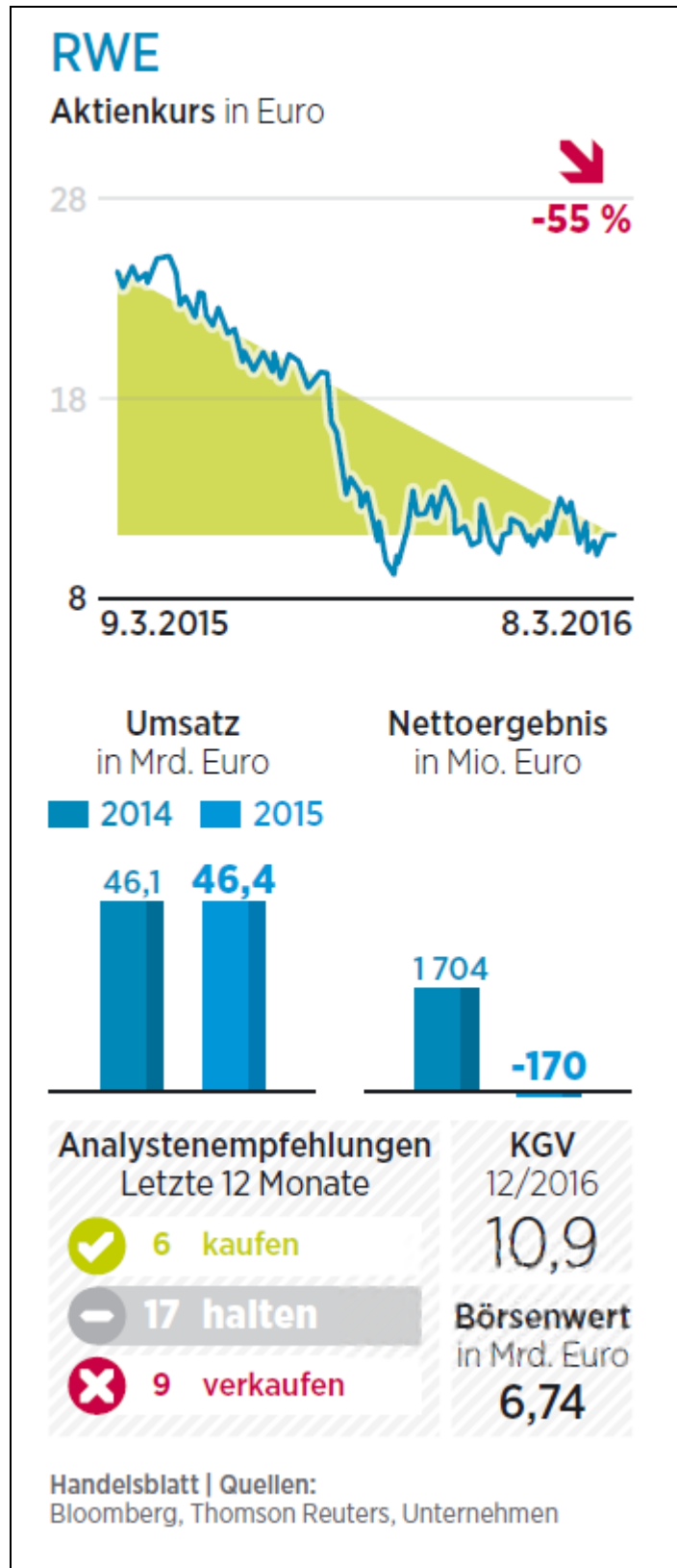
50 Das Problem trifft nicht nur RWE. Konkurrent Eon hatte im Herbst sogar acht Milliarden Euro abgeschrieben. Eon-Chef Johannes Teyssen, der den Konzern ebenfalls aufspaltet, wird deshalb am Mittwoch einen Rekordverlust bekanntgeben. Analysten rechnen mit einem Minus von sechs bis sieben Milliarden Euro.

55 Die beiden Konzerne suchen ihr Heil nun im Geschäft mit der Energiewende. RWE verbuchte im vergangenen Jahr bei den erneuerbaren Energien schon ein Betriebsergebnis von knapp 500 Millionen Euro - und damit fast so viel wie in der konventionellen Produktion.

60 Dass aber auch das für die neue Gesellschaft kein Selbstläufer wird, muss Terium gerade in Großbritannien erfahren. Dort ist die Tochter N-Power durch Missmanagement in die Verlustzone gerutscht und streicht ein Fünftel der 11 500 Stellen. „Was dort passiert ist, war ein Desaster“, räumte Terium ein.

*Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 048, 09.03.2016, 16*





## Der Ölpreis probt die Erholung

*Die Marke von 40 Dollar ist durchbrochen. Doch das weitere Aufwärtspotenzial ist begrenzt.*

5

An den Rohölmärkten setzen immer mehr Anleger auf steigende Preise. Am Terminmarkt überstieg der Preis für die Ölsorte Brent inzwischen die Marke von 40 Dollar. Analysten rechnen mit einem Preisanstieg, warnen aber zugleich vor zu großen Hoffnungen. „Der Aufwärtstrend ist intakt, die Jahrestiefs haben wir gesehen“, sagt Frank Klumpp, Energieanalyst der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW). Er erwartet, dass Brent auch zur sofortigen Lieferung bald wieder mehr als 40 Dollar je Barrel kosten wird. Zwar seien die US-Lagerbestände erneut gestiegen, doch die Förderung falle inzwischen.

15 Die US-Schieferölförderung, durch die der einstige Großverbraucher quasi als Nachfrager am Weltmarkt ausfiel, hatte Mitte 2014 den Niedergang der Rohölpreise eingeleitet. Dieser scheint nun gestoppt. Von rund 115 Dollar je Barrel (159 Liter) war der Brentölpreis auf unter 30 Dollar abgesackt. Das Tief hatte Öl Mitte Januar mit weniger als 27 Dollar markiert. Seither geht es nach oben. Zum Wochenbeginn  
20 kostete Brentöl fast 39 Dollar. Auch die US-Richtsorte WTI hat zugelegt.

Die Erholung an den Ölmärkten geht Hand in Hand mit der rückläufigen Förderung in den amerikanischen Schieferölfeldern. Immer mehr Bohrlöcher lohnen bei den niedrigen Preisen nicht mehr. In der letzten Berichtswoche wurden laut Baker Hughes  
25 acht Ölbohrungen stillgelegt. „Die Bohraktivität liegt mit 392 Ölbohrungen auf dem niedrigsten Niveau seit Dezember 2009“, stellt die Commerzbank fest.

Aber nicht nur in den USA, sondern weltweit schrauben Ölunternehmen ihre Investitionen zurück. Am Montag gab die China National Petroleum Corp. bekannt,  
30 dass die Investitionen um mehr als 20 Prozent gekürzt werden. CNPC ist einer der drei größten staatlichen Ölkonzerne Chinas. Das Land wiederum ist einer der größten Nachfrager weltweit. Allerdings hat sich das Wachstum in China abgeschwächt, der damit geringere Bedarf hatte den Rückgang der Ölpreise verstärkt.

35 Entscheidend für die zuletzt gesehene Trendwende an den Ölmärkten waren aber vor allem die Diskussionen von Ländern wie Saudi-Arabien und Russland um das Einfrieren ihrer Produktion. Die russischen Produzenten sind dazu bereit, hatte Präsident Wladimir Putin Anfang März unterstrichen. Saudi-Arabien werde seinen Marktanteil aufrechterhalten, betonte indes der saudische Außenminister Adel al-  
40 Dschubeir am Samstag in Paris. Die Saudis haben den Markt mit Öl geflutet, um die Marktanteile zu verteidigen. Nun ist zwar die US-Förderung gefallen, doch drängt Iran nach dem Ende der Sanktionen an den Ölmarkt zurück.

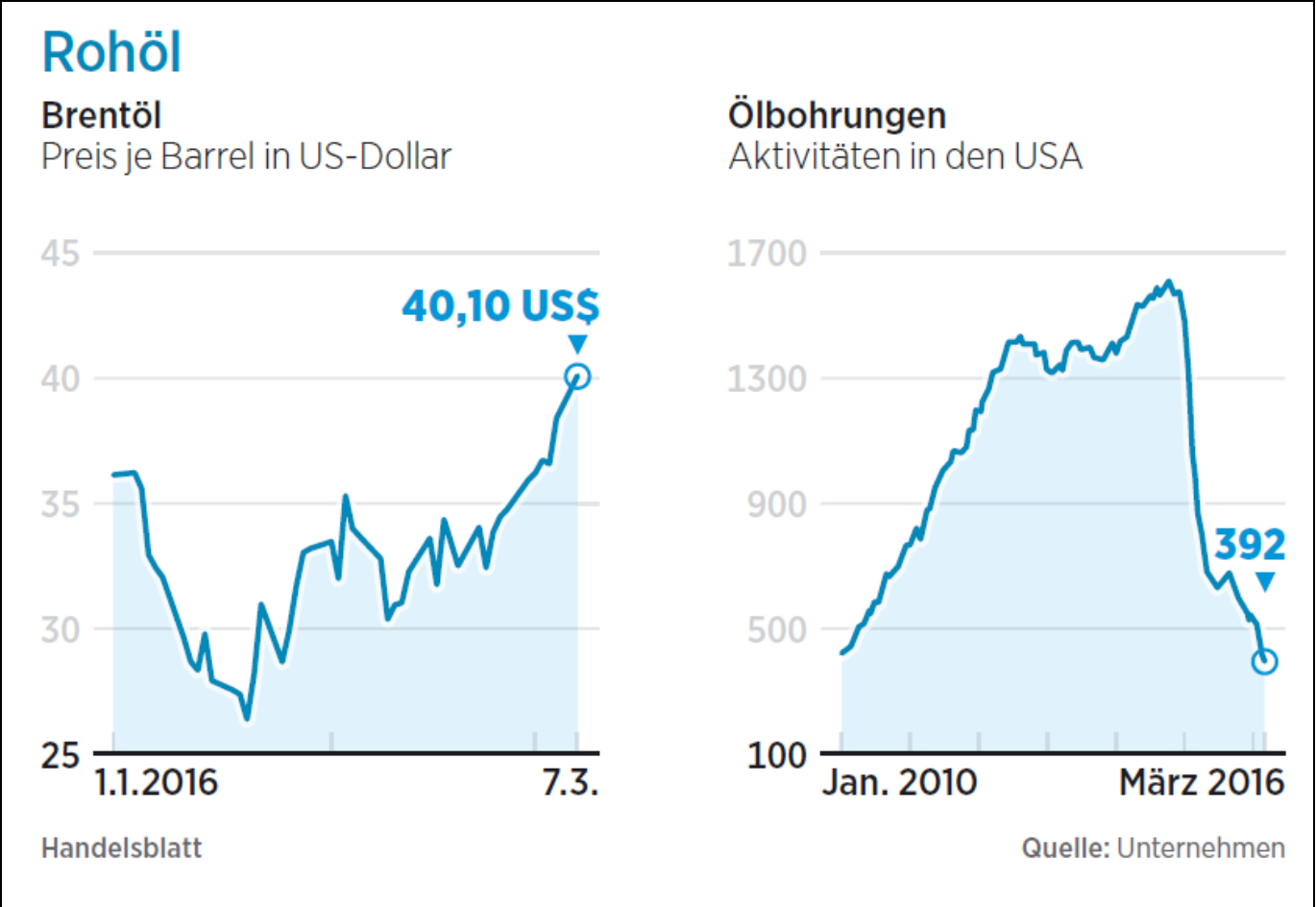
Eine Deckelung der Produktion, die die Preise stützen würde, ist zwar beschlossen,  
45 das ist aber noch keine Kürzung. Gleichwohl setzen Spekulanten darauf. „Anscheinend springen immer mehr spekulative Finanzanleger auf den fahrenden Zug auf und verstärken damit den Aufwärtstrend“, kommentiert die Commerzbank. „Die Marktteilnehmer haben ihre Erwartungen entsprechend angepasst“, sagt auch LBBW-

50 Analyst Klumpp mit Blick auf die Diskussionen der Ölförderländer. Hinzu komme,  
dass einige der Marktteilnehmer schon auf dem falschen Fuß erwischt wurden. „Wenn  
Anleger auf fallende Preise gesetzt haben, müssen sie sich nun am Markt eindecken“,  
sagt Klumpp, das stütze die Preise zusätzlich.

55 Anleger sollten sich aber nicht zu große Hoffnungen machen, das Aufwärtspotenzial  
gilt als begrenzt. „Spätestens ab 50 Dollar werden US-Schieferölprojekte wieder  
attraktiv“, sagt der LBBW-Experte. Auch Analysten von Barclays Capital sind  
vorsichtig. Investoren könnten ihre „bullishen Wetten“ rasch auflösen, wenn der  
Ausblick und die Nachfrage schlechter als erwartet ausfallen.

60 Und selbst die Ölländer sind offenbar skeptisch. „Viele Ölförderländer scheinen sich  
darauf einzustellen, bei einem Ölpreis von weniger als 40 Dollar pro Barrel überleben  
zu müssen“, stellt Walter Pfeiffer, Partner der Unternehmensberatung Roland Berger,  
in einer neuen Studie fest. Internationale Energieagentur (IEA), die New Yorker  
Nymex und die US-Energiebehörde EIA hätten zudem zuletzt einen nur leichten  
65 Anstieg des Ölpreises auf rund 46 Dollar pro Barrel prognostiziert.

*Quelle: Palm, R., Handelsblatt, Nr. 047, 08.03.2016, 34*



## Iran verunsichert den Ölmarkt

*Die Opec gibt sich optimistisch, obwohl Teheran auf einer Ausweitung der Fördermenge beharrt.*

5

Die Organisation erdölexportierender Staaten (Opec) versuchte am Montag, Zuversicht zu verbreiten. Für dieses Jahr erwartet sie einen Anstieg der Nachfrage nach Opec-Öl auf 31,5 Millionen Barrel pro Tag. Das seien 1,8 Millionen Fass mehr als im Vorjahr, teilte das Ölkartell in Wien mit. Auch die Internationale Energieagentur (IEA) hatte zuletzt Zuversicht verbreitet. Sie prognostiziert angesichts einer niedrigen Förderung in den USA in diesem Jahr eine Bodenbildung beim Ölpreis.

Doch die Hoffnung könnte schnell zerstört werden. Denn Iran will nach dem Ende des Wirtschaftsembargos wieder an alte Zeiten anknüpfen. Der iranische Ölminister Bijan Namdar Zanganeh sagte laut einer iranischen Nachrichtenagentur, dass sein Land die Förderung um ein Drittel auf vier Millionen Fass täglich erhöhen werde. Erst danach könne über ein Einfrieren der Produktion gesprochen werden. Durch dieses Vorgehen würde sich das derzeitige Überangebot weiter vergrößern und die Preiserholung zunichte machen.

Der Ölpreis erlebte seit Mitte 2014 wegen des Überangebots eine gewaltige Talfahrt. Zeitweise war er unter 30 Dollar pro Fass gerutscht. Mittlerweile kostet das Barrel der Nordseesorte Brent knapp 40 Dollar.

25

Die Preiserholung sehen nicht alle Analysten positiv. Eine Rally weit in den Bereich um 40 Dollar pro Barrel könnte sogar kontraproduktiv sein, analysiert Ole Hansen, Rohstoffexperte der Saxo Bank: „Das könnte eine Steigerung der Ölförderungen attraktiv erscheinen lassen - und das zu einem Zeitpunkt, in dem lediglich erste Hinweise einer Entspannung der globalen Überversorgung zu erkennen sind.“ Es bestehe das Risiko, dass sich die Marktentwicklung von den Fundamentaldaten abgekoppelt habe. „Dies vergrößert wiederum die Chance einer Preiskorrektur“, sagt Hansen.

An eine grundsätzliche Trendwende glauben im Markt nur wenige. „Erst wenn die Überkapazitäten abgebaut sind, wird es zu einer nachhaltigen Erholung der Preise kommen“, sagt Walter Boltz, Vorstand der österreichischen Energieaufsichtsbehörde E-Control.

Der Ölausrüster Baker Hughes hatte kürzlich bekanntgegeben, dass sich die Zahl der Bohrlöcher in den Vereinigten Staaten auf dem niedrigsten Niveau seit Ende 2009 bewege. Doch der Rückgang in der US-Ölförderung konnte schnell durch die Produktion Irans ausgeglichen werden. Die widersprüchliche Marktsituation sorgt für Verunsicherung. Sie wird auch Thema des Energiedialogs sein, zu dem sich die Opec mit der EU am Montag in Wien treffen wird.

45

Die großen Ölkonzerne wollen sich im April, voraussichtlich in Doha, treffen. Der niedrige Ölpreis hat vielen Multis tiefrote Zahlen und einen massiven Stellenabbau beschert. Aber auch viele Staaten, deren Bruttoinlandsprodukt vor allem vom  
50 Energiesektor abhängt, suchen nach Auswegen. Am Montag besuchte der russische Energieminister Alexander Novak seinen iranischen Amtskollegen Zanganeh in Teheran. Der iranische Ölminister Zanganeh bezeichnete einen Preis von 70 Dollar pro Barrel als „passend“. Sein russischer Amtskollege erwartet bis Jahresende einen Ölpreis zwischen 45 und 50 Dollar pro Fass. Russland, Saudi-Arabien, Venezuela und  
55 Katar hatten im Februar gemeinsam beschlossen, das Überangebot zu reduzieren.

*Quelle: Siebenhaar, H.-P.; Handelsblatt, Nr. 052, 15.03.2016, 34*





## Eon: Trennung mit Hindernissen

*Sieben Milliarden Euro Verlust: Doch Eon-Chef Teysen sieht seine Strategie der Abspaltung bestätigt.*

5  
Eon-Chef Johannes Teysen machte sich am Mittwoch bei der Vorlage der Bilanz für 2015 überhaupt keine Illusionen: „Das wird natürlich die Berichterstattung prägen.“ Teysen hatte gerade einen Rekord vermeldet - aber einen ausgesprochen traurigen. Deutschlands größter Energiekonzern verbuchte einen gigantischen Fehlbetrag von  
10 netto sieben Milliarden Euro. Das ist noch einmal mehr als doppelt so viel wie im Jahr zuvor. Und so einen Verlust hatte weder Eon seit der Gründung im Jahr 2000 verbucht noch einer der Vorgänger in all den Jahrzehnten.

Der Verlust kommt zwar nicht wirklich überraschend. Seit Eon im dritten Quartal  
15 Abschreibungen von 8,8 Milliarden Euro bekanntgegeben hatte, hatten sich Analysten auf einen hohen Fehlbetrag eingestellt. Der Konzern musste damals seine Kohle- und Gaskraftwerke abwerten, weil die zunehmend von Wind- und Solarenergie aus dem Markt gedrängt werden.

20 Die Zahl stellt aber ultimativ klar, dass es für Deutschlands größten Energiekonzern um nicht weniger geht als um die Existenz. Für Eon-Chef Teysen ist die Entwicklung ein weiterer Beleg, dass der Strategiewechsel, den er dem Konzern Ende 2014  
verordnet hat, richtig ist. Damals hatte er angekündigt, dass sich Eon künftig auf das  
25 Geschäft mit der Energiewende konzentrieren soll - also auf erneuerbare Energien, Netze und Vertrieb. Das bisherige Kerngeschäft, den Betrieb der großen Kohle- und Gaskraftwerke, spaltete Eon zum Ende des vergangenen Jahres gemeinsam mit der  
Gasproduktion, der Wasserkraft und dem Energiegroßhandel in das neue  
Unternehmen Uniper ab. Am 8. Juni will Teysen von der Hauptversammlung die  
30 Abgabe der Mehrheit an Uniper besiegeln lassen. „Es ist heute mehr denn je richtig, dass wir uns in getrennten Unternehmen jeweils mit ganzer Kraft auf die sehr  
unterschiedlichen Anforderungen der neuen und der klassischen Energiewelt  
konzentrieren“, stellte Teysen bei der Vorlage der letzten gemeinsamen Bilanz vor.

Das Problem: Die Lage in der konventionellen Stromproduktion, die Teysen Ende  
35 2014 zur Trennung der Bereiche veranlasste, ist inzwischen so kritisch, dass sie sogar den Erfolg der Aufspaltung gefährdet. Die Dramatik lässt sich an einer einzigen Größe festmachen: der Entwicklung des Strompreises, zu dem Kohle-, Gas- und Atomstrom  
an der Börse gehandelt werden. Am Terminmarkt kostet Strom, der 2017 geliefert  
werden soll, aktuell nur noch 22 Euro die Megawattstunde. Bei diesem Niveau rechnet  
40 sich kein Kraftwerk in Deutschland, egal ob es mit Atom, Gas oder Kohle betrieben wird. Das hat am Tag zuvor schon RWE-Chef Peter Terium festgehalten. Es gibt  
dramatische Überkapazitäten, weil der Markt mit Wind- und Solarenergie geflutet  
wird. Auch Teriums Strategie wird dadurch erschwert. Er will RWE ähnlich wie Eon  
aufspalten. Und der schwedische Konzern Vattenfall hat bei den Strompreisen  
45 Probleme, einen akzeptablen Preis für die zum Verkauf stehende Braunkohlesparte in  
Deutschland zu erzielen.

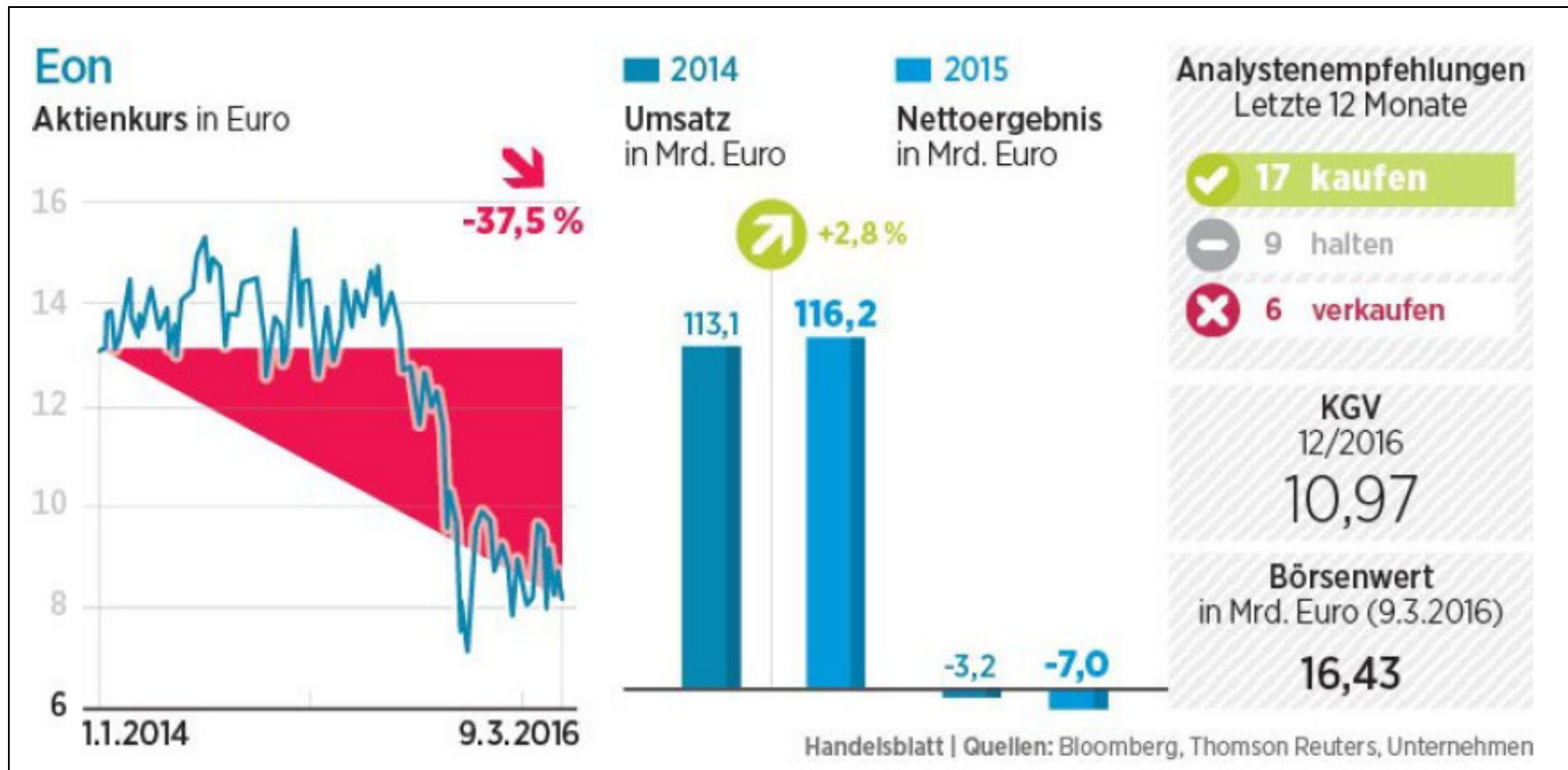
50 Vor drei Jahren notierte der Strompreis noch bei gut 50 Euro je Megawattstunde. Und Ende 2014, als Teysen die Aufspaltung verkündete, war er zwar schon abgestürzt, hielt sich aber mit 33 Euro auf einem Niveau, bei dem sich zumindest mit Atom- und Kohlekraftwerken Geld verdienen ließ. Das „wirtschaftliche Umfeld im Allgemeinen“ und „die Rahmenbedingungen der Branche“ hätten sich seit der Kommunikation der Strategie „deutlich verschlechtert“, räumte Teysen ein: „Der Weg wird härter und länger als erwartet.“

55 Während Eons Geschäfte, Vertrieb, Netze und erneuerbare Energien, solide Gewinne abwerfen, stellt sich die Frage, welche Zukunft Uniper haben wird. Schließlich macht dem Unternehmen nicht nur der Strompreis zu schaffen, sondern auch der Ölpreistrutsch in der Gasproduktion. In Unternehmenskreisen wird schon befürchtet, dass es nicht wie versprochen ein „solides“ Rating erreichen kann. Für das neue Unternehmen werden die nächsten Wochen entscheidend, wenn der Spaltungsbericht vorbereitet wird. Uniper-Manager befürchten, dass Eon der neuen Gesellschaft zu viele Schulden aufbürden wird. Vereinzelt wird - angesichts des schlechten Umfelds - sogar schon der Zeitplan infrage gestellt. Eon-Chef Teysen gibt sich freilich  
60 entschlossen, den Split in diesem Jahr durchzuziehen. Er verweist darauf, dass Eon ja keinen Börsengang im klassischen Sinne plant, sondern den Eon-Aktionären Uniper-Anteile gibt. Teysen deutete jedoch Einschnitte für beide Unternehmen an. Wegen der schlechteren Rahmenbedingungen würden „Ausrichtung und die erreichbaren Ambitionen von Uniper und Eon überprüft“.

70 Ins Detail ging er nicht. Diese sollen Ende April genannt werden, wenn der Spaltungsbericht vorliegt. Eon wird sich aber wohl bei den Investitionen bescheiden müssen, und die Aktionäre könnten bei der Dividende leer ausgehen. Für 2015 hatten sie noch 50 Cent je Aktie erhalten - aber nur weil das Teysen zugesagt hatte. Die  
75 Uniper-Belegschaft wird sich wohl auf weitere Kraftwerksschließungen, Sparprogramme und Stellenstreichungen einstellen müssen.

80 Teysen ist zwar sicher, dass er die Aktionäre auf der Hauptversammlung überzeugen kann: „Die strategische Logik stellt keiner infrage.“ Gesten reagierten die Anleger aber enttäuscht auf die deutlich verschlechterten Aussichten. Die Eon-Aktie gab um mehr als drei Prozent nach.

*Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 049, 10.03.2016, 16*



## Angst im Braunkohle-Revier

*Vattenfall bangt um Verkauf der Sparte. Ost-Länder fürchten um Arbeitsplätze.*

- 5 Die Nachrichten über den stockenden Verkaufsprozess bei der Vattenfall-Braunkohlesparte lassen in den betroffenen Ländern Sachsen und Brandenburg die Alarmglocken läuten. Die sich abzeichnenden Probleme könnten ein geordnetes Ende der Braunkohle behindern, so ihre Befürchtung.
- 10 „Das Thema hat für uns große Bedeutung“, sagte der brandenburgische Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) dem Handelsblatt. Die Braunkohlekraftwerke und Tagebaue in der Lausitz böten Tausenden Brandenburgern gute Arbeit. „Diese Arbeitsplätze müssen langfristig sicher sein“, erklärte Gerber.
- 15 Auch in Sachsen beobachtet man die Entwicklung mit Sorge. Das Land Sachsen habe „natürlich ein großes Interesse daran, dass der Verkaufsprozess vernünftig läuft“, hieß es im sächsischen Wirtschaftsministerium. „Wir müssen unsere Interessen wahren.“ Das betreffe den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Renaturierung der Gruben.
- 20 Der geplante Verkauf der Braunkohlesparte geht in dieser Woche in die entscheidende Phase. Bis zum 16. März müssen verbindliche Gebote vorgelegt werden. Zu den Interessenten zählen die beiden tschechischen Energiekonzerne CEZ und EPH. Die Vorzeichen für den Verkauf haben sich drastisch verändert. Einer der Hauptgründe ist der Verfall der Großhandelspreise für Strom. Die Megawattstunde kostet nur noch 20
- 25 Euro. Der niedrige Strompreis drückt auf die Profitabilität der Kraftwerke. Ende 2014, als Vattenfall den Verkaufsprozess gestartet hatte, kostete eine Megawattstunde noch 35 Euro. Damals wurde noch spekuliert, der Verkaufspreis könne bis zu zwei Milliarden Euro betragen. Davon ist nun nicht mehr die Rede.
- 30 In Verhandlungskreisen heißt es mittlerweile, der Käufer der Braunkohlesparte müsse noch Geld vom Verkäufer bekommen. Diese Überlegung hatte Greenpeace bereits im Oktober angestellt. Damals wurde der Vorschlag belächelt.
- Angesichts der Probleme rücken Alternativen zu einem Verkauf in den Fokus. So hat
- 35 etwa die Gewerkschaft IG BCE ein Stiftungsmodell entwickelt. Offiziell heißt es dazu in den Ländern, ein „Plan B“ spiele im Moment keine Rolle. „Diese Frage stellt sich für uns derzeit nicht“, sagte Minister Gerber. An anderer Stelle wird das Stiftungsmodell begrüßt: „Eine Stiftungslösung zum Ausstieg aus der Braunkohle ist die beste Lösung. Greenpeace ist bereit, daran konstruktiv mitzuarbeiten“, bemerkte
- 40 Karsten Smid von Greenpeace. Durch einen Verkauf der Tagebaue würde Vattenfall die Probleme der Braunkohle lediglich anderen aufhalsen. Eine Stiftungslösung gewährleiste am ehesten, dass Vattenfall seinen Teil der Verantwortung übernehme.

Quelle: Stratmann, K./Flauser, J., Handelsblatt, Nr. 051, 14.03.2016, 29

## Stiftungsmodell für Braunkohle: Unverlangt eingesandt

*Steag gibt kein Gebot für Vattenfalls Braunkohlesparte ab - schlägt aber eine Stiftung vor. Das Modell stößt schon auf Kritik.*

5

Wenn Vattenfall-Chef Magnus Hall in den kommenden Tagen die Angebote für die deutsche Braunkohlesparte sondiert, muss er tapfer sein. Einen hohen Kaufpreis kann er nicht erwarten. Über ein Angebot dürfte sich der Schwede aber sogar ärgern, über ein anderes wundern.

10

Zwar wird Vattenfall aus Tschechien bis zum Ablauf der Frist fundierte Offerten erhalten. Die beiden Energiekonzerne EPH und CEZ hätten schon signalisiert, ein Gebot einreichen zu wollen, erfuhr das Handelsblatt aus Kreisen, die mit der Transaktion vertraut sind. Mehr als einen niedrigen bis mittleren dreistelligen Millionenbetrag kann der schwedische Energiekonzern jedoch nicht erwarten.

15

Auch die Lausitz Mongolia Mining Generation AG (LMMG) bleibt hartnäckig und reicht eine Offerte ein. Die will Hall aber eigentlich gar nicht mehr haben. Die Investoren aus der Mongolei wurden schon in einer Frühphase aus dem Verfahren gedrängt - und haben sich darüber bei der EU-Kommission beschwert. Mit der Offerte will die LMMG vor allem ihre Rechtsposition wahren.

20

Richtig erstaunen dürfte Hall indes wohl das Dossier, das der Stromproduzent Steag und der Finanzinvestor Macquarie bei der zuständigen Investmentbank Citigroup einreichen werden. Darin halten die beiden Partner nämlich fest, dass sie „kein“ Angebot abgeben werden, wie das Handelsblatt aus Unternehmenskreisen erfuhr. Man habe die zum Verkauf stehenden Aktivitäten - den Tagebau in der Lausitz sowie mehrere Braunkohlekraftwerke - „mehrere Monate“ geprüft und „eine realistische Bewertung der Optionen und Risiken“ vorgenommen. Dabei kamen Steag und Macquarie den Kreisen zufolge zu einem ernüchternden Ergebnis: Es gebe „unbeherrschbare Risiken“. Zum einen sei die Position des Bundes zur Kohleverstromung unklar, zum anderen sei die Strompreisentwicklung unwägbar.

25

30

Damit belässt es Steag aber nicht. Der Stromproduzent aus dem Ruhrgebiet unterbreitet dem Vattenfall-Management eine alternative „Lösung für die Zukunft der Braunkohle in Ostdeutschland“. Das Unternehmen hat in Absprache mit der Gewerkschaft IG BCE ein Modell entwickelt, um die ostdeutsche Braunkohleförderung samt den Kraftwerken in eine privatrechtliche Stiftung zu überführen.

35

40

Diese Stiftung soll einen geordneten Ausstieg aus der Braunkohle gewährleisten. Sie soll den Forderungen der Gewerkschaft gerecht werden, den Ausstieg sozial verträglich abzuwickeln. Sie soll andererseits im Sinne der betroffenen Länder Sachsen und Brandenburg sicherstellen, dass genug Rücklagen gebildet werden, um später Rückbau und Rekultivierung der Abbaugelände abzusichern. Hierfür sollen in einer ersten „Ansparphase“ Mittel aus der Braunkohleverstromung in regionale Projekte sowie erneuerbare Energien investiert werden.

45

50 Steag und Macquarie bieten sich dabei als Partner an. Steag könnte die Betriebsführung der Kraftwerke und die Vermarktung des Stroms übernehmen. Der Kapitaleinsatz wäre so für den Stromproduzenten gering. Das Management könnte das Engagement gegenüber den eigenen Eigentümern - mehrere Städte aus dem Ruhrgebiet - rechtfertigen. Macquarie will sich um das Kapitalmanagement kümmern.

55 Seit Wochen wird über eine Stiftungslösung spekuliert. Die IG BCE hatte eine solche für die gesamte Braunkohle in Deutschland vorgeschlagen - also mit den Aktivitäten von RWE und der ebenfalls ostdeutschen Mibrag. Jetzt liegt aber ein konkreter Vorschlag auf dem Tisch.

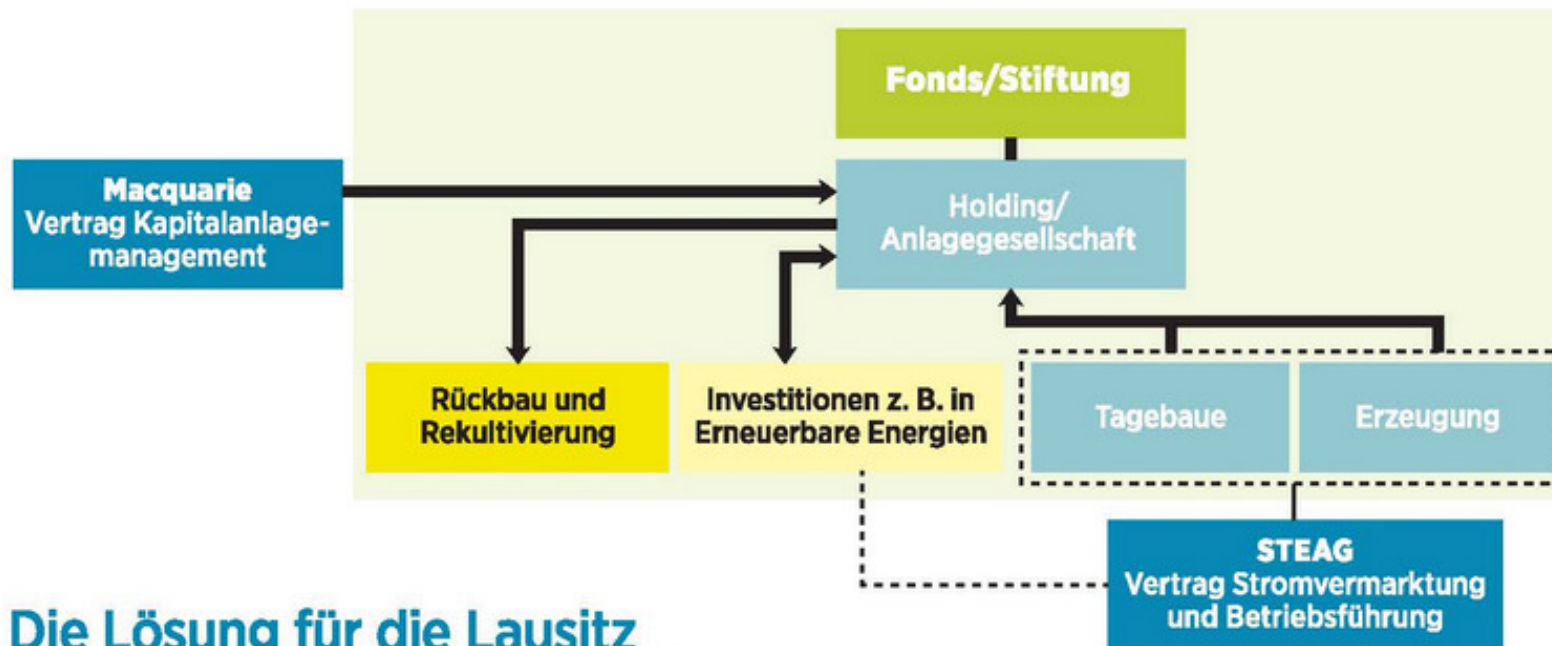
60 Und es gibt bereits Kritik. „Wie soll das mit dem Ansparen funktionieren? Auch für eine Stiftung gelten die aktuell niedrigen Strompreise“, heißt es aus Kreisen eines konkurrierenden Bieters. Jeder neue Eigentümer der Braunkohlesparte muss mit dem dramatischen Absturz der Großhandelspreise für Strom zurechtkommen. Aktuell kostet am Terminmarkt der Energiebörse EEX eine Megawattstunde für 2017 nur  
65 noch 21,50 Euro, für 2018 und 2019 sind es sogar kaum mehr als 20 Euro. Ende 2014, als Vattenfall den Prozess startete, waren es noch fast 35 Euro.

Mit den aktuellen Preisen lassen sich nach Branchenschätzungen nicht einmal die Kosten in den Braunkohlekraftwerken von Vattenfall decken. Die werden auf mehr als  
70 23 Euro je Megawattstunde taxiert. Berechne man noch die Fixkosten von rund 300 Millionen Euro für die Kraftwerke mit ein, dürfte pro Jahr ein Verlust von mehr als 300 Millionen Euro anfallen.

Wie ernst der Verfall der Strompreise ist, spüren die Bieter schon selbst. CEZ, das  
75 größte börsennotierte Unternehmen Tschechiens, gab gestern einen Rückgang beim Gewinn vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (Ebitda) um zehn Prozent auf 2,4 Milliarden Euro bekannt. CEZ will sich erst am Mittwoch über die Pläne zu Vattenfall äußern.

80 *Quelle: Flauger, J./Siebenhaar, H.-P., Handelsblatt, Nr. 053, 16.03.2016, 18*





Handelsblatt | Quelle: Unternehmenskreise

## Die Lösung für die Lausitz

### Das Stiftungsmodell für die ostdeutsche Braunkohle

Handelsblatt Nr. 053 vom 16.03.2016  
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.  
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).



## Atomkraft - ja bitte?

*Bericht der EU-Kommission: Nuklearwirtschaft ist unverzichtbar, Milliarden sollten investiert werden.*

5

Europas Energieversorger müssen massiv in den Neubau von Atomkraftwerken investieren. Dafür seien bis zum Jahr 2050 Beträge in Höhe von 450 bis 500 Milliarden Euro nötig. Das prognostiziert die EU-Kommission in ihrem Bericht zum Zustand der Nuklearwirtschaft in Europa. Die Behörde will das Papier in den nächsten Wochen vorlegen. Es ist die erste umfassende europäische Bestandsaufnahme nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima im März 2011. Ein Entwurf liegt dem Handelsblatt vor.

Angesichts eines wachsenden Stromverbrauchs kommt Europa demnach um Nuklearenergie nicht herum. Bis 2050 sind nach Ansicht der Kommission rund 90 Prozent der bestehenden altersschwachen Kapazitäten zu ersetzen. Schätzungen der Kommission zufolge wird die Branche in den nächsten Jahrzehnten zusätzlich zu den Investitionen in neue Anlagen 45 bis 50 Milliarden Euro investieren müssen, um bestehende altersschwache Anlagen so zu sanieren, dass sie nicht vom Netz müssen. „Viele Betreiber haben den Willen geäußert, bestehende Anlagen länger laufen zu lassen, als es ihr ursprüngliches Design vorsieht“, stellt die Kommission fest.

Bei den Grünen stößt die Brüsseler Bestandsaufnahme bereits im Vorfeld auf Kritik. „Die EU-Kommission spielt die Kosten herunter und malt eine rosarote Zukunft für die Atomindustrie“, mahnt die Co-Chefin der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament, Rebecca Harms, munitioniert mit einer Gegenstudie. Die Behörde setze die Kosten für die Laufzeitverlängerung, für die Müllentsorgung und den Rückbau von Kraftwerken systematisch zu niedrig an. „Gleichzeitig geht die EU-Kommission von einem zu hohen Strombedarf aus und begründet damit die Notwendigkeit für den Weiterbetrieb alter und gefährlicher Atommeiler sowie den Neubau von Kraftwerken“, moniert Harms.

Weiterer Kritikpunkt: Die Pflichtversicherung ist vom Tisch. Denn die Frage, wer in welcher Höhe im Falle eines Unfalls in alten Anlagen haftet, stellt die Brüsseler Behörde in ihrem Bericht nicht. Dabei hatte sie genau darauf nach dem Unglück in Fukushima besonderen Wert gelegt. Im Jahr 2012 hatte der damalige Energiekommissar Günther Oettinger angekündigt, Vorschläge für eine europaweit einheitliche Haftpflichtversicherung für Atomkraftwerke zu machen. Nur so, betonte Oettinger damals, könne die EU sicherstellen, dass die Betreiber die Haftung für Atomunfälle übernehmen und die Kosten für Strom aus Kernenergie eher einer ehrlichen Vollkostenrechnung entsprechen. Tatsächlich ist die Behörde einen solchen Vorschlag bis heute schuldig geblieben - und in dem Atombericht ist davon auch keine Rede.

- 45 Bisher regelt jedes EU-Land die Haftung für Atomunfälle selbst. Während Betreiber in Frankreich nur für Schäden bis rund 91 Millionen Euro je Kraftwerk haften, sind in Deutschland Schäden von über zwei Milliarden Euro über eine gemeinschaftliche Haftung der Betreiber abgedeckt; für weitere Kosten haften die einzelnen Konzerne mit ihrem Vermögen.
- 50
- 55 Derzeit sind in 14 EU-Staaten 131 Atomkraftwerke am Netz. Im Schnitt sind sie rund 30 Jahre alt. Neue Meiler sind in Frankreich, Finnland, Ungarn, der Slowakei wie auch in Tschechien, Bulgarien, Polen, Litauen sowie in Rumänien und Großbritannien geplant oder bereits in Bau. Die Kommission empfiehlt dazu eine engere Kooperation der nationalen Regulierungsbehörden bei der Lizenzierung. Bessere Absprachen und gemeinsame Standards könnten die Kosten reduzieren und gleichzeitig die Sicherheit verbessern.

*Quelle: Ludwig, T., Handelsblatt, Nr. 053, 16.03.2016, 9*

## Das letzte Gefecht der Atomlobby

*Vor dem Bundesverfassungsgericht kämpfen die beiden Energiekonzerne Eon und RWE um ihre Eigentumsrechte.*

5 Ein aufblasbares Mini-Atomkraftwerk, ein halbes Dutzend gelbe Fässer mit  
Gefahrensymbolen und ein paar Fahnen mit der Aufschrift „Abpfeif für Atomkraft“.  
Das Protestkomitee, das Eon-Chef Johannes Teysen am Dienstag in Karlsruhe  
empfangt, war auch schon mal üppiger aufgestellt. Eigentlich haben die Aktivisten ja  
10 auch längst gewonnen. Zwar begann vor dem Bundesverfassungsgericht die letzte  
Schlacht im jahrzehntelangen Kampf um die Atomenergie. Der Atomausstieg steht  
aber so oder so fest. Er ist seit dem Sommer 2011 beschlossene Sache, der letzte  
deutsche Reaktor geht 2022 vom Netz. „Es geht mir nicht um die Frage der  
Energiewende“, stellte Teysen zu Beginn der Verhandlung deshalb auch fest, „es  
15 geht um eine faire Entschädigung.“

Eon sowie die anderen Atomkonzerne RWE, Vattenfall und EnBW kämpfen um  
Milliarden - Milliarden, die sie vielleicht sogar fürs Überleben brauchen. Eon beziffert  
den Schaden durch den von der Regierung angeordneten Atomausstieg mit acht  
20 Milliarden Euro, insgesamt stehen 19 Milliarden Euro im Raum. Und, sollte das  
Gericht einen Verstoß gegen das Eigentumsrecht der Konzerne feststellen, erhoffen  
sich Eon und Co. ein politisches Druckmittel im Kampf um bessere  
Rahmenbedingungen. „Ich stehe hier in erster Linie für die vielen Tausend Eon-  
Anleger, die im Vertrauen auf Rechtsschutz, Investitionen getätigt haben“, sagte  
25 Teysen, der als Erster ans Rednerpult trat. Der Eon-Chef hatte es sich nicht nehmen  
lassen, persönlich nach Karlsruhe zu kommen - im Gegensatz zu RWE-Chef Peter  
Terium, der den Chef seiner Kraftwerkssparte Matthias Hartung entsandt hatte. Auf  
der anderen Seite kämpfte Umweltministerin Barbara Hendricks an vorderster Front.

30 Fast auf den Tag genau fünf Jahre ist es inzwischen her, dass ein Tsunami Japan  
heimsuchte und es im Kernkraft Fukushima zur Katastrophe kam. Das  
Bundesverfassungsgericht muss jetzt entscheiden, ob die Reaktion der damaligen  
schwarz-gelben Bundesregierung korrekt war. Damals mussten die Betreiber  
unmittelbar acht Reaktoren vom Netz nehmen, und im Sommer wurde per Gesetz  
35 bestimmt, dass die restlichen neun bis 2022 nach und nach folgen müssen.

Eon, RWE und Vattenfall argumentieren, die Reaktion sei überhastet gewesen, der  
Beschluss nicht gut genug begründet, weil sich in Deutschland nichts am Risiko  
geändert habe. In ihrer Verfassungsbeschwerde machen sie einen Eingriff in ihr  
40 Eigentumsrecht und die Berufsfreiheit geltend. EnBW durfte nicht klagen, weil der  
Konzern größtenteils dem Land Baden-Württemberg gehört. Auch bei Vattenfall zog  
das Gericht das Klagerecht am Dienstag in Zweifel, weil der Konzern dem Staat  
Schweden gehört.

45 Während draußen keine wirkliche Demo-Stimmung aufkommen wollte, ging es  
drinnen umso heftiger zur Sache. In der linken Hälfte des Saals nahmen die Vertreter  
der klagenden Atomkonzerne Platz, in der rechten die Vertreter des Bundes, der  
Länder, der Grünen und der Umweltorganisationen.

50 „Wenn Eigentum entzogen wird, dann ist es die Aufgabe der Gesellschaft,  
Entschädigungen zu zahlen“, sagte Teyssen in seinem Eingangsstatement. Es gehe  
darum, das „Kapitel Kernenergie mit Anstand und Fairness zu beenden.“

Der Konter von Barbara Hendricks ließ nicht lange auf sich warten. „Fukushima hat  
eine Neubewertung der Kernenergie auch in Deutschland nötig gemacht“, erläuterte  
55 die Umweltministerin. „Die Entscheidung des Gesetzgebers war und ist richtig.“  
Gerade auch vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen Kontroverse um die  
Kernenergie „konnte es ein 'Weiter so' nicht geben“, sagte die Ministerin.

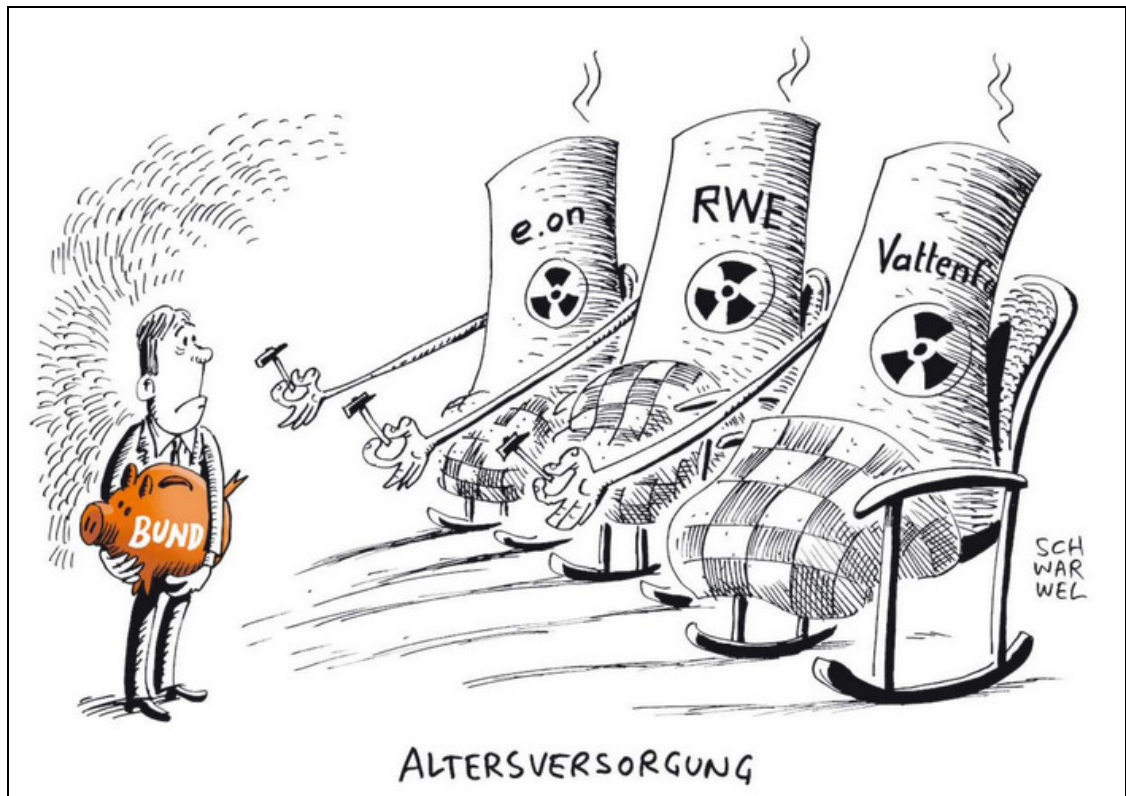
Die acht Richter unter dem Vorsitz von Ferdinand Kirchhof, dem Vizepräsidenten des  
60 Bundesverfassungsgerichts, hörten sich über mehrere Stunden die  
Argumentationslinien der Streitparteien an. Erst allmählich fragten sie an manchen  
Stellen gezielt nach. Eine Präferenz, in welche Richtung sie entscheiden könnten, ließ  
sich daraus aber noch nicht erkennen. Am Mittwoch wird weiterverhandelt. Ein Urteil  
wird erst in einigen Monaten erwartet.

65 Selbst wenn die Richter den Konzernen recht geben, über die Frage des  
Schadensersatzes werden sie nicht entscheiden. Den müssten sich die Unternehmen  
vor Zivilgerichten erkämpfen. Und dort stünde die nächste knifflige Frage an: Haben  
die Konzerne denn wirklich einen ernsthaften Schaden erlitten? Die Konzerne hatten  
70 damals ihre Milliardenforderungen mit den Cashflows begründet, die ihnen durch die  
Verkürzung der Laufzeiten entgehen. Damals, im Sommer 2011, wurde die  
Megawattstunde Strom aber auch noch für 60 Euro gehandelt. Derzeit liegt der Preis  
nur noch bei 20 Euro, weil der Markt mit Wind- und Solarstrom geflutet wird. Selbst  
Kernkraftwerke sind kaum noch rentabel.

75 Maßgeblich sei der Zeitpunkt, an dem die Schädigung eingetreten sei, betonte  
Teyssen. Eon will nichts von der Forderung zurücknehmen. „In der Tat ist bei der  
Ermittlung eines Schadens grundsätzlich der Zeitpunkt entscheidend, an dem der  
Schaden eingetreten ist - also hier der Sommer 2011“, sagte Peter Rosin,  
80 Energierechtsexperte von White & Case. Er kann sich aber nicht vorstellen, dass die  
Entwicklung der Preise bei der Schadensberechnung nicht berücksichtigt wird.

Die Klagen haben für Teyssen & Co. jedoch auch einen politischen Wert. Aktuell  
85 ringen sie mit der Regierung über eine Verteilung der Lasten beim Rückbau der  
Reaktoren und bei der Entsorgung der Brennelemente. Sollten die Richter Zweifel an  
der Rechtmäßigkeit des Atomausstiegs erkennen lassen, hätten die Konzerne ein  
Argument mehr auf ihrer Seite.

*Quelle: Flauger, J./Hubik, F., Handelsblatt, Nr. 053, 16.03.2016, 18*



## Klimaschutzplan mit vielen Fragezeichen

*Am Samstag nimmt Ministerin Hendricks den „Maßnahmenkatalog“ in Empfang. Die Vorbehalte sind groß.*

5

Für kommenden Samstag hat Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) einen besonderen Termin in ihrem Kalender notiert: Sie wird an diesem Tag die Vorschläge für einen „Klimaschutzplan 2050“ in Empfang nehmen. Die Vorschläge wurden unter Beteiligung von Ländern, Kommunen, Verbänden und Bürgern in  
10 mehreren Gesprächsrunden erarbeitet. Doch viele der Beteiligten finden ihre Kritik, ihre Wünsche und Anregungen nicht wieder. Sie sprechen von „inszenierter Demokratie“ und halten den gesamten Prozess für fragwürdig.

Die Kritik kommt aus weiten Teilen der Wirtschaft. Ob Autobauer, Chemieindustrie,  
15 Energiebranche, Wohnungswirtschaft oder Landwirte - sie alle sehen Anlass zur Klage.

Die Vorschläge für den Klimaschutzplan sind zusammengefasst in einem „Maßnahmenkatalog“, der in seiner aktuellen Fassung 372 Seiten und viele Dutzend  
20 Einzelvorschläge für die Sektoren Energie, Industrie, Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft enthält. Darunter finden sich originelle Ideen wie etwa eine „Bildungskampagne klimafreundlicher Konsum“, aber auch konkrete Vorschläge für den Ausstieg aus der Kohlenutzung, eine „klimafreundliche Düngerstrategie“ und auch die Anregung, die Grundsteuer von Gebäuden an die Energieeffizienz zu  
25 koppeln.

Ein großer Teil der Vorschläge sei „kostentreibend, ineffizient und zum Teil sogar kontraproduktiv“, klagt ein Verbandsvertreter. Die Bundesregierung müsse nun  
30 dringend „die Spreu vom Weizen trennen“, fordert Barbara Minderjahn, Geschäftsführerin des Industrieverbandes VIK. Es seien Ideen ins Spiel gebracht worden, die zwar auf eine Klimaschutzwirkung abzielten, aber „katastrophale wirtschaftliche Folgen haben würden“.

In der internen Bewertung eines anderen Verbandes heißt es, es habe „zu wenig  
35 Möglichkeiten zur Mitwirkung“ gegeben. An anderer Stelle wird über intransparente Abläufe geklagt: Abstimmungsergebnisse seien ohne konkrete Stimmzahl jeweils nur mit Kommentaren wie „überwiegend empfohlen“ oder „mehrheitlich empfohlen“ vermerkt worden. Der gesamte Maßnahmenkatalog sei ein „Sammelsurium ohne sinnvolle Priorisierung“, klagt ein Wirtschaftsvertreter.

40

Im Ministerium versteht man die Aufregung nicht. Dort heißt es, es handele sich lediglich um eine Sammlung von Vorschlägen, die das Ministerium im Detail nicht bewerte. Erst am Ende des Prozesses werde gesagt, welche Vorschläge übernommen  
würden. Der fertige Plan soll möglichst noch vor der Sommerpause vom Kabinett  
45 verabschiedet werden.

*Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 055, 18.03.2016, 12*